



# FIGU-

# ZEITZEICHEN

**Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse**



Erscheinungsweise:  
Sporadisch

Internetz: [www.figu.org](http://www.figu.org)  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

3. Jahrgang  
Nr. 66, März 2017

---

## **Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

---

### **Nutzlose Bilaterale**

9.3.2017, 18:17 von *schweizerzeit* 9.3.2017

Ein Kommentar des BaZ-Bundeshausredaktors Dominik Feusi

Sie ist wieder da, die Frage, welchen Nutzen die bilateralen Verträge mit der EU für die Schweiz tatsächlich haben. In den letzten zwei Jahren erschienen zahlreiche Studien, welche den Wert irgendwie beziffern wollten, aber entweder nur einen geringen Nutzen feststellten oder dann wissenschaftlich fragwürdig waren.

### **Economiesuisse-Studie**

Selbst die vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse im letzten Sommer zur Beendigung der Diskussion erstellte Untersuchung kam zum Schluss, dass der Nutzen pro Kopf irgendwo zwischen null und 4400 Franken pro Jahr liege. Die Kosten der Verträge, insbesondere der Personenfreizügigkeit in Form von Ausgaben für Strassen und Schienen, Schulen und Sozialversicherungen, wurden hingegen noch gar nie untersucht. Bei diesen ist allerdings klar, dass sie viel höher sind als null.

### **Studie der Uni St. Gallen**

Jetzt liegt eine Studie der Universität St. Gallen vor, die zeigt, wie die EU trotz vollmundigem Bekenntnis zum freien Handel der Schweiz schadet, wie Radio SRF berichtete.

Seit 2008 haben die EU oder ihre Mitgliedsländer 200 Entscheide gefällt, welche die Schweizer Wirtschaft behindern. Dabei handelt es sich vor allem um Subventionen an marode EU-Unternehmen, welche den Wettbewerb verzerren. Die meisten derartigen Handelshemmnisse treffen ausgerechnet die grossen Nachbarn der Schweiz: Deutschland, Frankreich und Italien.

Die Studie hält fest, dass derartige Entscheide in den letzten Jahren zugenommen haben – und dass uns die bilateralen Verträge nicht davor schützen können. Die Folge: Einer von sieben Schweizer Franken aus dem Export in die EU geht wegen der schädlichen EU-Massnahmen verloren, insgesamt 17 Milliarden Franken pro Jahr.

### **Etikettenschwindel**

Das heisst: Der EU-Binnenmarkt – von Economiesuisse hochgelobt – ist ein orwellischer Etikettenschwindel. Er ist kein freier Markt der unternehmerischen Entfaltung und des Wettbewerbs, sondern ein regulierungspolitisches Projekt, mit dem Drittländer wie die Schweiz unter die politische Hoheit der EU halb gelockt, halb gezwungen werden sollen.

Niemand muss da mitmachen, um in die EU exportieren zu können. Ausserhalb hätten wir die Freiheit, Gegenmassnahmen zu ergreifen. Die Briten haben das begriffen und verabschieden sich. Wann tun wir es ihnen gleich?



Die Zwischentitel setzte die Redaktion des EU-No-Bulletins.

Das Komitee EU-No bedankt sich bei der Basler Zeitung für das ihm eingeräumte Copyright.

Quelle: [http://www.eu-no.ch/news/nutzlose-bilaterale\\_153](http://www.eu-no.ch/news/nutzlose-bilaterale_153)

## Können sich Linksextremisten alles erlauben?

Freitags-Kommentar vom 3.3.2017, von Anian Liebrand, Redaktion «Schweizerzeit»



Bild: ZVG / «Schweizerzeit»

### Lange genug weggeschaut!

Seit Jahren geht von Linksextremen eine anhaltend hohe Gewaltbereitschaft aus. Unter dem Deckmantel politischer Ziele vergehen sie sich an fremdem Eigentum und schrecken auch nicht davor zurück, Andersdenkende und Angehörige der Polizei mutwillig an Leib und Leben zu gefährden.

Houston, wir haben ein Problem – und das Problem heisst Linksextremismus. Die Zeit, nur darüber zu reden, ist definitiv vorbei. Der organisierte Linksextremismus hat sich zu einer veritablen Staatsgefahr entwickelt, deren Existenzgrundlage endlich trocken zu legen ist – bevor es endgültig kein Zurück mehr gibt.

In nahezu allen mittelgrossen bis grösseren Schweizer Städten hat sich eine professionell organisierte, militante linksextreme Chaoten-Szene etabliert, die von den politischen Mitte-Links-Mehrheiten toleriert oder gar gefördert wird. Ohne dass ihnen bislang der existenzielle Nährboden entzogen worden wäre, begehen Linksextreme regelmässig Sachbeschädigungen, besetzen Häuser, führen unbewilligte Krawall-Demos durch und liefern sich Strassenschlachten mit der Polizei.

### «In reinster SA-Manier»

Doch damit nicht genug: In reinster SA-Schläger-Manier rufen sie regelmässig auf ihren Internetplattformen anonym zu Gewalt gegen missliebige Personen auf, publizieren deren Privatadressen und verüben feige Farbanschläge. Im Vergleich zur geballten Schlagkraft hochgradig vernetzter linksextremer Kreise sind die in der Schweiz aktiven rechtsextremen Gruppierungen eine lahme Feriengruppe: Als ob man einen Grossstadt-Kleinkriminellen mit der Cosa Nostra vergleichen würde.

Der Schweizerische Nachrichtendienst (NDB) schreibt es im sicherheitspolitischen Bericht 2016 schwarz auf weiss: Im Jahr 2015 sind in der Schweiz rund sieben Mal mehr linksextreme Vorfälle (199) registriert worden als rechtsextreme (28). Bei den gewalttätigen Ereignissen sind es im Vergleich zum Rechtsextremismus wiederum vier Mal mehr linksextreme Ereignisse. Frühere Publikationen des Nachrichtendienstes schätzen die Anhängerschaft der linksextremen Szene auf rund 2500 Personen, während die rechtsextreme Szene (bei abnehmender Tendenz) auf rund 1000 Anhänger und Sympathisanten geschätzt wird.

### Szene-Brennpunkt Bern

Speziell in der Stadt Bern hat sich rund um die Reitschule eine besonders agile radikal-militante Chaoten-Szene eingenistet, welche eine dauerhaft lodernde Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellt. Bei erneuten, mehr-tägigen Krawallen Ende Februar 2017 haben diese Linksextremen zehn Polizisten, welche eine Strasse abgesperrt hatten, derart stark verletzt, dass sie ins Spital eingeliefert werden mussten. Laut einem Polizeisprecher wurden sie mit Lasern geblendet, von Steinen und Wurfgegenständen am Kopf getroffen oder wiesen etwa Schnittverletzungen durch zugeworfene Glasflaschen auf. «Obwohl die Polizisten das Spital verlassen konnten, sind Langzeitschäden noch nicht ausgeschlossen.»

Die gewaltgeilen Krawallanten nutzten bei ihrem Saubannerzug gegen die Polizei erneut die Reitschule – wie dutzendfach in der Vergangenheit – als Dreh- und Angelpunkt ihrer Vorbereitungen und als Rückzugsort, wenn es brenzlich wurde. Kein Wunder, ist das noch immer möglich! Die rot-grüne politische Mehrheit der Stadt Bern verhätschelt diesen Hort der organisierten Gewalt seit Jahren – und gewährt den Besetzern sogar Steuerfreiheit. Die Horrornächte von Ende Februar und die zögerlichen Reaktionen der Berner Stadtregierung und der Mitte-Links-Parteien offenbarten dabei einmal mehr: Die Reitschul-Krawallanten sind ein linkes Zucht-Gewächs – wohlgeduldet vom linken «Berner Klüngel».

### Am 18. März drohen Krawalle

Ein Ende der Gewaltexzesse ist bei solch realitätsblinden Verantwortungsträgern leider nicht in Sicht. Im Vorfeld der rechtsbürgerlichen Kundgebung «Wir sind direkte Demokratie», die für den 18. März 2017 auf dem Bundesplatz angesagt ist, ruft die linksextreme Szene zu massiven Gewalt- und Störaktionen auf. «Bern brennt», lautet ihr Motto. Szeneintern wird als Besammlungspunkt – welch eine Überraschung – die Berner Reithalle proklamiert, das angeblich so bereichernde linksalternative «Kulturzentrum». Dass die Medien im Zusammenhang mit diesen Linksfaschisten konstant von «Linksautonomen» sprechen, ist eine sachfremde Verniedlichung sondergleichen.

Das Anliegen des Komitees hinter der Kundgebung «Wir sind direkte Demokratie» ist zweifellos gerechtfertigt. Wo sind wir eigentlich gelandet, wenn rechtsbürgerliche Kreise in der Bundeshauptstadt nicht mal mehr friedlich und gesittet gegen die Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative und für die Wahrung des Volkswillens demonstrieren können? Doch macht es wirklich Sinn, angesichts der düsteren Vorzeichen an der Kundgebung festzuhalten?

### Der Stadt Bern die Gelder kürzen!

Der Stadt Bern droht an 18. März eine verheerende Strassenschlacht. Aus der ganzen Schweiz müssen Polizisten hinzugezogen werden, um die Teilnehmer zu schützen – die Rede ist von einem Aufgebot von bis zu 2000 Polizisten. Es heisst nicht umsonst, der Klügere gibt nach. Jedenfalls sind dem Steuerzahler die zu erwartenden massiven Sicherheitskosten nicht zuzumuten. Eine allfällige Absage der Kundgebung macht aber nur im Verbund mit konkreten politischen Massnahmen Sinn. Die politischen Mehrheiten der Stadt Bern können die Meinungsäusserungsfreiheit offenbar nicht mehr für alle garantieren. Sie sind es, die durch jahrelanges Tolerieren und Fördern der Reitschule eine zu jederzeit unmittelbar sicherheitsgefährdende Szene herangezüchtet haben.

Die Gewährleistung von Recht und Ordnung gehört zu den zentralsten Aufgaben des Staates, die ohne Wenn und Aber durchzusetzen sind. Rechtsfreie Räume wie die Berner Reithalle dürfen nicht länger toleriert werden. Hierzu ist die Forderung der Vereinigung sifa – «SICHERHEIT FÜR ALLE» goldrichtig: Solange die Stadt Bern nicht politische Massnahmen beschliesst, um die linksextreme Szene «trockenzulegen», sind der Stadt sämtliche finanziellen Bundes-Zulagen, die sie als Bundeshauptstadt erhält, zu streichen. Ein guter Ansatz bildet ferner die Volksinitiative «Keine Steuergelder für die Berner Reithalle» des Berner Nationalrats Erich Hess. Der Stadt Bern als «Brutstätte» des Linksextremismus müssen die Gelder rigoros gekürzt werden.

Im Weiteren braucht es endlich unbedingte Freiheitsstrafen bei Gewalt und Drohung gegen Polizeibeamte, welche – während ihres Einsatzes für die öffentliche Sicherheit – die Konfrontation mit der linksextremen Szene nicht selten mit Verletzungen bezahlen. Wer Polizisten angreift, ist ein Krimineller, der hinter Gitter gehört. Ohne Wenn und Aber!

6.3.2017, 18:19 von szadmin 6.3.2017

Quelle: [https://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/koennen\\_sich\\_linksextremisten\\_alles\\_erlauben-3055](https://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/koennen_sich_linksextremisten_alles_erlauben-3055)

### Fake-News und EU-Propaganda

10.3.2017, 11:43 von szadmin 10.3.2017

Freitags-Kommentar vom 10.3.2017, von Ulrich Schliuer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»

### Teils breitgeschlagen – teils verschwiegen

Dass «die Bilateralen» der Schweiz nur Gutes bescheren, wird von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Bundesverwaltung täglich heruntergebetet. Wer daran zweifelt, wird diskussionslos als «Populist» kaltgestellt.

Eine soeben veröffentlichte Studie der Uni St. Gallen stellt den Wert der Bilateralen jetzt allerdings wohlfundiert in Zweifel. Sie wird weitgehend totgeschwiegen.

Unablässig – als willfährige Echos auf Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Bundesverwaltung – singen die hiesigen Medien unisono das Hohe Lied vom überragenden Nutzen der Bilateralen – insbesondere der Personenfreizügigkeit – für die Schweiz.

Studien lieferten dazu bisher widersprüchliche Berechnungen. Eine einzelne – auf die sich Economiesuisse laufend beruft – präsentiert zu den Auswirkungen der Personenfreizügigkeit positive Zahlen. Gleichzeitig beteuert sie aber, dass sich die «Gültigkeit» dieser Zahlen erst etwa 2035 einwandfrei überprüfen lasse – dann, wenn keiner der heutigen Autoren irgendwo noch in der Verantwortung steht.

### Keinerlei ernsthafte Diskussion

Wer Zweifel am angeblichen Erfolgsmodell «Bilaterale» äussert, wird medial kurzerhand als Populist diffamiert und der Verbreitung von «Fake-News» bezichtigt. Eine ernsthafte Diskussion findet nicht statt. Jeder Ansatz dazu wird sofort abgewürgt. So, als wäre der tägliche Zusammenbruch der Verkehrsnetze rund um die Schweizer Städte eine üble Erfindung notorischer Lügner; als sei der Zusammenhang zwischen Personenfreizügigkeit und Masseneinwanderung böswillige Unterstellung. Erst recht ausgeblendet wird die Tatsache, dass die dank Personenfreizügigkeit stattfindende Masseneinwanderung vielen Gemeinden ruinöse Sozialhilfekosten beschert – weil viel zu viele Einwanderer hier nie auch nur einen Streich zu arbeiten bereit sind. Personenfreizügigkeit, Schengen-Vertrag, Dublin-Vertrag: Ein EU-Konstrukt, das Europa in den Ruin treibt.

### Die St. Galler-Studie

Soeben ist eine neue Studie erschienen. Sie wurde an der Universität St. Gallen erarbeitet – und räumt mit all den beschönigenden Mythen rund um die vergötterten Bilateralen gründlich auf. Die Schweiz – weist diese St. Galler-Studie nach – sei seit 2008 (also seit weniger als zehn Jahren) mindestens zweihundertmal durch markt-widrige EU-Massnahmen zugunsten maroder Konzerne oder Industriezweige in einzelnen EU-Ländern schwer geschädigt worden. Der Schaden wird sogar beziffert: Er trifft die Schweizer Wirtschaft mit 17 Milliarden Franken. Und dies jedes Jahr! Dass die freihandelswidrigen Schutzmassnahmen vor allem von unsern Nachbarn Deutschland, Frankreich und Italien durchgesetzt wurden, habe der Schweiz überdurchschnittlichen Schaden bereitet.

Weder Economiesuisse noch die Bundesverwaltung hatten sich bisher getraut, diese St. Galler-Studie der Verbreitung von Fake News, von Falschmeldungen zu bezichtigen. Sie sagen überhaupt nichts, verschweigen ihr Erscheinen kurzerhand. Die Basler-Zeitung hat bis heute als so ziemlich einziges Blatt in einem Kommentar auf Existenz und Inhalt dieser EU-kritischen Studie hingewiesen. Die übrigen Medien tun, als wäre sie nicht erschienen. Müssen sie warten, bis ihnen Economiesuisse und Bundesverwaltung zutragen, wie sie sich zu dieser neuen, brisanten Studie stellen sollen?

### Vieldeutige Statistik

Ein anderer, mit der Personenfreizügigkeit in Zusammenhang stehender Fall von Fake News ist in diesen Tagen ans Tageslicht gelangt.

Die meisten dürften sich erinnern: In der Silvesternacht vor knapp fünfzehn Monaten kam es vor allem in Köln zu hunderten schweren Angriffen und Übergriffen auf zumeist junge Frauen. Selbst Vergewaltigungen wurden Tatsache. Schon damals wollte man das wüste Geschehen verschweigen – weil als Täter vor allem Asylanten aus Nordafrika eruiert wurden, was so gar nicht ins Bild der von der Bundeskanzlerin ausgerufenen «Willkommenskultur» passen wollte. Weil die gewalttätigen Angriffe sehr viele Opfer betrafen, brach das Tatverschweigens-Konzept nach einigen Tagen zusammen. Ernsthafte Konsequenzen hatten die Gewalt-Übergriffe allerdings bloss für wenige Täter.

Zur letzten Silvesternacht vor zweieinhalb Monaten wurde das Informations-Konzept radikal geändert. Schon vor Tagesanbruch wurde bekannt, es hätten auf dem Platz vor dem Kölner Dom praktisch keine Angriffe auf Frauen stattgefunden – ein Erfolg der «Gesellschaftsarchitektur» des Multikulti-Zusammenlebens.

Die Meldung wurde begleitet von einem wüsten Mediensturm auf die Polizei, die europaweit lauthals «verwerflicher rassistischer Wortwahl» bezichtigt wurde, weil die Polizisten – welches Unheil – die aggressiven Nordafrikaner im Polizeijargon zu «Nafris» abgekürzt hatten ...

Der wohlbedacht hysterisch entfachte Sturm gegen die Polizei wirkte: Kaum ein Journalist ging noch den Ursachen der «friedlichen Nacht auf dem Domplatz» nach, von dem die Medien berichteten. Hätten sich Journa-



listen bei der Polizei orientiert, dann hätten sie die zutreffende Mitteilung erhalten: Das Ausbleiben von Übergriffen hatte einen klar erkennbaren Grund. Er bestand darin, dass sich nach den «Ereignissen» ein Jahr zuvor in der Silvesternacht 2016/2017 gar keine Frauen mehr auf diesen vorjährigen Schauplatz der Übergriffe wagten. Denn allen Frauen in und um Köln war klar: Der Domplatz ist zu meiden! Und sie mieden ihn.

Dies als «Erfolg» der «Willkommenskultur» gutzuschreiben, gehört in jene Kategorie von Fake News, die an Desinformation kaum mehr zu überbieten sind.

Ulrich Schlüer

Quelle: [http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/fakenews\\_und\\_europaganda-3063](http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/fakenews_und_europaganda-3063)

## Kein Geld für Essen, aber Geld im Überfluss für Waffen und Kriege!

von Noch.info · Veröffentlicht 3/3/2017 · Aktualisiert 3/3/2017



Bild: K. Online

**Anstieg der Armut in Deutschland auf neuen Höchststand. Verbände beklagen skandalöse Zunahme der Armut bei allen Risikogruppen und fordern armutspolitische Offensive.**

Die Armut in Deutschland ist auf einen neuen Höchststand von 15,7 Prozent angestiegen, so der Befund des aktuellen Armutsberichts des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, der dieses Jahr wieder unter Mitwirkung weiterer Verbände und Fachorganisationen erscheint. Nach Aussagen des Verbandes markiert dieser Höchstwert einen mehrjährigen Trend wachsender Armut. Er fordert die Politik zu einem entschlossenen Handeln in der Arbeitsmarktpolitik, beim Wohnungsbau, in der Bildung und dem Ausbau sozialer Dienstleistungen und Angebote in den Kommunen auf. Voraussetzung für eine offensive Armutsbekämpfung sei ein rigoroser Kurswechsel in der Steuer- und Finanzpolitik.

Erstmals ermöglicht der Bericht des Paritätischen einen Zehn-Jahres-Vergleich. Auffällig sei dabei der Rückgang der Armutsquote in allen ostdeutschen Bundesländern mit Ausnahme Berlins. Auf der anderen Seite stieg die Armut in allen westdeutschen Bundesländern mit Ausnahme Hamburgs und Bayerns merkbar an. Als besondere Problemregionen identifiziert der Bericht im Zehn-Jahres-Vergleich die Länder Berlin und Nordrhein-Westfalen. Unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl, der Bevölkerungsdichte und der längerfristigen Trends müssten das Ruhrgebiet und Berlin als die armutspolitischen Problemregionen Deutschlands angesehen werden.

Bei allen bekannten Risikogruppen habe die Armut im Vergleich zum Vorjahr noch einmal zugenommen: Bei Erwerbslosen auf 59 Prozent, bei Alleinerziehenden auf 44 Prozent, bei kinderreichen Familien auf 25 Prozent, bei Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau auf 32 Prozent und bei Ausländern auf 34 Prozent. Alarmierend sei im Zehn-Jahres-Vergleich insbesondere die Armutsentwicklung bei Rentnerinnen und Rentnern. Ihre Armutsquote stieg zwischen 2005 und 2015 von 10,7 auf 15,9 Prozent und damit um 49 Prozent, ein völliger «Ausreisser in der Armutsstatistik». Durchgreifende Reformen in der Alterssicherung seien daher unausweichlich, um Altersarmut vorzubeugen.

Der Armutsbericht enthält neben empirischen Daten zur Armutsentwicklung in Deutschland Analysen zur Lebenssituation und Armut einzelner Personengruppen (Alleinerziehende, Kinder und Jugendliche, Arbeitslose, alte Menschen, Geflüchtete, Migranten, Menschen mit psychischer Erkrankung, Menschen mit Behinderung) sowie zu Querschnittsthemen (Wohnungslosigkeit, Gesundheit und Armut). Herausgeber des Armutsberichts sind der Paritätische Gesamtverband, das Deutsche Kinderhilfswerk, der Volkssolidarität Bundesverband, die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, der Deutsche Kinderschutzbund, der Verband alleinerziehender Mütter und Väter, der Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte, die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie, PRO ASYL und die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL).

Gemeinsam fordern die Organisationen von der Politik entschlossenes Handeln und eine Sozialpolitik, die alle Menschen mitnimmt. Es sei Zeit für einen sozial- und steuerpolitischen Kurswechsel, um Armut zu bekämpfen und eine Verringerung sozialer Ungleichheit zu erreichen.

Für den 27. und 28. Juni 2017 kündigen die Organisationen den nächsten grossen armutspolitischen Hauptstadtkongress an, für den u.a. auch der DGB und die Nationale Armutskonferenz als Mitveranstalter gewonnen werden konnten.

*Den Bericht, weitere Infos und eine detaillierte Suchfunktion nach Postleitzahlen finden Sie im Internet unter: [www.der-paritaetische.de/armutsbericht](http://www.der-paritaetische.de/armutsbericht)*

*Quelle und Details zum Armutskongress am 27. und 28. Juni 2017 in Berlin unter: [www.armutskongress.de](http://www.armutskongress.de)*

*Quelle: <http://noch.info/2017/03/kein-geld-fuer-essen-aber-geld-im-ueberfluss-fuer-waffen-und-kriege/>*

## Angela Merkel gehört zur Kriegspartei

*Veröffentlicht am 3. März 2017 von dieter*



## Deutschlands finstere Rolle in der Weltpolitik

**Sicherheitskonferenz in München**

*von Karl Müller (zeit-fragen)*

Vor 15 Jahren, am 11. Februar 2002, schrieb ich das erste Mal über die Münchner Sicherheitskonferenz (‹Der Weltkrieg ist geplant›). Schon damals war der US-amerikanische Senator John McCain ein Redner auf der Konferenz und dabei unzweideutig als jemand zu erkennen, der zur Kriegspartei gehört.

Für den Senator aus den USA war der ein paar Wochen zuvor begonnene Krieg gegen Afghanistan nur die erste Front in einem weltweit zu führenden Krieg. Es gehe darum, so McCain damals, ‹eine neue Welt zu schaffen›, und für die USA und ihre militärischen Verbündeten gelte: ‹Wir stehen vor der Geschichte mit dieser Mission.›

John McCain ist seinen Plänen von damals treu geblieben, auch dieses Jahr wieder. Er hat noch immer nicht gemerkt, dass der damalige Plan der US-Regierung undurchführbar geworden ist, dass sich die Welt seitdem verändert hat und die Kriegspartei, Anfang 2002 noch auf dem Höhepunkt ihrer Macht, in den vergangenen 15 Jahren an so vielen Orten der Welt einen so gewaltigen Scherbenhaufen an Opfern und Zerstörung hinterlassen hat, dass das Ansehen in der Welt abgewirtschaftet ist. Trotzdem glauben Menschen wie John McCain noch immer an den ‹Endsieg›, vielleicht auch durch den Einsatz von ‹Wunderwaffen›.

### John McCain lobt Angela Merkel

Etwas jedoch ist anders geworden bei Senator McCain. Er, die laute Stimme der Kriegspartei, hatte dieses Jahr ein besonderes ‹Lob› parat: Für die deutsche Regierung und deren Kanzlerin Angela Merkel: ‹Nicht jeder in Amerika versteht die absolut lebenswichtige Rolle, die Deutschland und seine ehrenwerte Kanzlerin Merkel für

die Verteidigung der Idee und des Gewissens des Westens spielt. Aber für alle von uns, die dies tun, lasst mich Danke sagen.»

In der Tat, mit dem Regierungswechsel in den USA und nach dem «Briefing» durch den ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama Ende letzten Jahres steht die deutsche Kanzlerin an vorderster Front der Kriegspartei, sekundiert vor allem von ihrer Ministerin Ursula von der Leyen. Die SPD spielt dabei, das konnte man der Rede des deutschen Aussenministers Siegmair Gabriel entnehmen, eher eine Statistenrolle und hat wohl die Aufgabe, die Gemüter zu beschwichtigen. Faktisch scheint sie ohne aussenpolitische Macht zu sein.

### Ursula von der Leyen gibt den Ton an

Den Ton in München hat Ursula von der Leyen angegeben. Dabei halten die Lobeshymnen der deutschen Verteidigungsministerin für deutsche Militäreinsätze in aller Welt einer kritischen Prüfung nicht stand. Geradezu peinlich war ihr Loblied auf Litauen und den dort jetzt begonnenen deutschen Militäreinsatz.

Warum verlor die Ministerin kein Wort über die Diskriminierung der russischen Minderheit im Land? Das wäre ein ehrliches Wort gewesen und hätte mehr zum Frieden beitragen können als selbstgefällige Anmassungen. Frau von der Leyen masst sich einiges an: Sie wollte der neuen US-Regierung den Tarif durchgeben: Keine aussenpolitische Entscheidung der neuen US-Regierung ohne mich (und die Kanzlerin); nicht im Kampf gegen den Terrorismus und nicht in den Beziehungen zu Russland. Frau von der Leyen tat dies nicht im Auftrag und nicht mit Rückendeckung der Deutschen, ihre Auftraggeber sitzen woanders.

### Die deutsche Kanzlerin gibt sich «soft» ...

Die deutsche Kanzlerin hat in München eine andere Rolle übernommen. Angela Merkel gab sich «nachdenklich» und «soft». Sie plädierte für «multilaterale internationale Strukturen» und meinte damit EU, Nato, Uno und G20. Die Institution aber, die für den Versuch, die Ost-West-Spaltung vor 1990 zu überwinden, die Hauptarbeit leistete, die KSZE (heute OSZE), erwähnte sie interessanterweise nicht. Statt dessen schloss sie sich ihrer Ministerin an: «Wir werden auch mehr im Bereich der Verteidigungspolitik tun.» Tatsächliche europäische Eigenständigkeit soll es dabei nicht geben; denn «Europäische Verteidigungsfähigkeit» dürfe «niemals alternativ zur Nato gesehen werden», sie müsse sich immer «in die Fähigkeiten der Nato einfügen». Das wird sie Obama versprochen haben, damit sie «Europa führen» darf.

Angela Merkel ging erneut auf die Situation in der Ukraine ein und formulierte damit ihr Bekenntnis zur Kriegspartei: «Die Bedeutung der Nato hat auf eine, wie ich sagen möchte, sehr traurige Art und Weise noch einmal an Wichtigkeit gewonnen, nämlich durch die Annexion der Krim und die Auseinandersetzungen im Osten der Ukraine, wo Russland ja die Separatisten unterstützt.» Diese Entwicklung habe «so grosse Sorge» bereitet und zu «so viel Verunsicherung» geführt, «weil das Prinzip, das uns in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg Sicherheit und Frieden gebracht hat, nämlich das Prinzip der territorialen Integrität, verletzt wurde.»

### ... will aber die Menschen für dumm verkaufen

Da fragt man sich, mit welcher Unverfrorenheit die Menschen in Europa für dumm verkauft werden sollen; denn in diesen wenigen Sätzen stimmt alles nicht.

Pro memoria: Die Grenzen in Europa haben sich nach 1990 mehrfach verändert, auch mit intensiver deutscher (Kriegs-)Beteiligung: Die gewalttätige Auflösung Jugoslawiens seit 1990 (Deutschland erkannte mit als erstes die «Unabhängigkeit» von Slowenien und Kroatien an). Auch die Sowjetunion löste sich Ende 1991/Anfang 1992 auf, und auch hier gab es neue Staaten in Europa: Die baltischen Staaten, Weissrussland, die Ukraine und Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidshan – auch das geschah ohne irgendwelche Volksabstimmungen – und um das Völkerrecht scherte sich damals keiner der Beteiligten, es war der politische Wille der damals Mächtigen.

Die Halbinsel Krim gehörte jahrhundertlang zu Russland, bevor sie 1954 der sowjetischen Teilrepublik Ukraine «geschenkt» wurde – ohne die Bewohner der Krim zu befragen. Die überwältigende Mehrheit der Krim-Bewohner hat sich nach dem Staatsstreich in Kiew im Frühjahr 2014 in einer Volksabstimmung für einen Austritt aus dem Staatsverband der Ukraine und eine Mitgliedschaft in der Russischen Föderation entschieden. Die völkerrechtlichen Beurteilungen der Vorgänge im Frühjahr 2014 fallen unterschiedlich aus. Staats- und Verfassungsrechtler wie Markus Merkel, Karl Albrecht Schachtschneider oder Alfred de Zayas jedenfalls sehen die Sachlage anders als Frau Merkel.

Die Situation im Osten der Ukraine ist hochgradig komplex. Experten der OSZE vor Ort sagen aus, dass jede der direkt beteiligten Konfliktparteien (Regierung in Kiew, Söldnertruppen vor Ort und sogenannte Separatisten) noch immer vor allem Propaganda betreibt und ihr «Kriegsziel» erreichen will. Die sehr konkreten Schilderungen

des russischen Aussenministers auf eine entsprechende Frage in München<sup>1</sup> sind eine Lektüre wert und zeigen ein differenziertes Bild, das nicht zur «westlichen» Sicht der Dinge passt. Die Formulierungen der Kanzlerin hingegen sind nichts als Stimmungsmache, die keineswegs dem dienen, was am wichtigsten wäre, nämlich dass endlich die Waffen ruhen und die Menschen selbst und frei entscheiden können, wie sie leben wollen.

### Wann hört Frau Merkel auf, Öl ins Feuer zu giessen?

Zusammengefasst: Es wäre eine Wohltat und ein Segen für die Verständigung, wenn Frau Merkel (und ihre Regierung) differenzieren und nach der Wahrheit streben würden. Sie tut dies bewusst nicht, sondern giesst immer wieder Öl ins Feuer. Da bleibt nur eine Schlussfolgerung: Angela Merkel gehört zur Kriegspartei. Wie viel wertvoller wäre auf der Münchner Sicherheitskonferenz ein deutscher Beitrag gewesen, in dem eine ernsthafte Suche danach zum Ausdruck kommt, wonach doch eigentlich alle Menschen in Ost und West suchen müssten: Einen Weg zu einem gerechten Frieden.

<sup>1</sup> [www.mid.ru/en/press\\_service/minister\\_speeches/-/asset\\_publisher/7OvQR5KJWVmR/content/id/2648249/pop\\_up?\\_101\\_INSTANCE\\_7OvQR5KJWVmR\\_viewMode=print&\\_101\\_INSTANCE\\_7OvQR5KJWVmR\\_qrIndex=0](http://www.mid.ru/en/press_service/minister_speeches/-/asset_publisher/7OvQR5KJWVmR/content/id/2648249/pop_up?_101_INSTANCE_7OvQR5KJWVmR_viewMode=print&_101_INSTANCE_7OvQR5KJWVmR_qrIndex=0)

Quelle: <http://krisenfrei.de/angela-merkel-gehört-zur-kriegspartei/>

## Die totale Herrschaft Merkels links der SPD und die Macht der Gesinnungsjournalisten – Prof. Norbert Bolz im Gespräch

Von Steffen Munter; Aktualisiert: 18. März 2017 7:36

Medienwissenschaftler Prof. Dr. Norbert Bolz von der TU Berlin im Gespräch mit dem Journalisten Wolfgang Herles über die totale Herrschaft der Kanzlerin Angela Merkel und die von den deutschen Massenmedien produzierte Pseudowirklichkeit.



Zick, Jochen-Pool/Getty Images&Public Domain&Screenshot/Youtube/Komb. EPT

Ursprünglich sollten die deutschen Medien ja kritisch und analysierend vorgehen und der Information der Öffentlichkeit dienen. Doch laut Medienwissenschaftler Prof. Dr. Norbert Bolz von der TU Berlin seien die deutschen Journalisten schon immer «Gesinnungsjournalisten» gewesen, die sich nie damit begnügt hätten, einfach nur zu berichten und zu analysieren, sondern sie hätten auch immer Meinungen voranbringen wollen. Demzufolge sieht der Kommunikationstheoretiker das derzeitige Problem im Land nicht bei der Politik, sondern bei den Medien, die «nicht das leisten, was sie sich scheinbar auf ihre Fahnen schreiben: Einerseits Kritik der Mächtigen und zum anderen Aufklärung der Öffentlichkeit, also wirkliche Analyse.» Stattdessen seien sie zu Hysterie- und Angstmaschinen geworden.

Das Monatsmagazin «Tichys Einblick» zeigt Norbert Bolz im Gespräch mit dem deutschen Journalisten und Schriftsteller Wolfgang Herles, der selbst jahrelang für die öffentlich-rechtlichen Medien arbeitete.

### Zeitgeist Populismus

Nach Ansicht des Medienwissenschaftlers regiere Angela Merkel zwar nicht mit derselben Politik aber mit denselben politischen Mitteln wie US-Präsident Trump: Merkel besetze extrem emotionale Themen, die politisch nicht zu Ende gedacht werden müssten, «weil sie sofort ein Massenproblem elektrisieren».

Bolz berührt dabei auch ein hintergründiges Thema, nämlich die Sehnsucht des Menschen nach dem Guten und das kindliche Verlangen gut sein zu wollen, gemocht zu werden: «Seit dem 2. Weltkrieg gibt es einen Versuch der Deutschen, Weltmeister im Gutsein zu sein.»



Doch dies sei reiner Populismus. Hier sei auch der Unterschied zwischen Merkel und Trump zu finden, der zwar auch eine populistische Politik vertrete, aber die Nation spalte, weil er sich nicht auf Themen konzentrieren könne, die man allgemein gut finde oder gegen die man in der Öffentlichkeit nicht auftreten dürfe.

### **Das Merkel-Phänomen: Die totale Herrschaft**

An dieser Stelle fragt der interviewende Journalist und Autor Wolfgang Herles nach, ob Merkel durch ihre «executive orders» die Demokratie beschädige, es werde ja nicht diskutiert und die Parlamente würden sich nicht wirklich mit den Themen beschäftigen.

Laut Bolz beschädige diese Vorgehensweise eher die Demokratie, als Merkel selbst, «denn nichts spricht ja dagegen, dass sich das Parlament dagegen wehrt, dass sich die eigene Partei dagegen wehrt, dass sich andere Regierungsmitglieder dagegen wehren.» All das sei nicht geschehen.

«Das scheint mir das eigentliche Merkel-Phänomen zu sein – die totale Herrschaft.»

Sie herrsche damit nicht nur über die eigenen Leute, sondern auch über die, die scheinbar in der Opposition seien.

### **Die Kanzlerin – grüner als grün und links von der SPD**

Merkel habe es inzwischen geschafft, alle linken Themen zu besetzen, indem sie mit ihrer Partei, die ja eigentlich eine konservative war, die SPD links überholt und auch der Grünen-Partei alle grünen-eigenen Themen weggenommen habe, so Bolz.

Es gebe sachlich bis zum heutigen Tag kaum eine politische Position, die innerhalb des Parlaments vertreten wäre, die Merkel nicht selbst vertrete, und zwar besser und nachdrücklicher als die anderen.

«Es gibt im Grunde genommen nur noch die Möglichkeit einer Radikalkritik der bestehenden Ideologie, auf der unsere Kultur zur Zeit beruht oder eben mit diesen Wölfen zu heulen und genau das macht unser Journalismus.» So erklärte der Kommunikationswissenschaftler und Professor für Medienwissenschaften an der TU Berlin das journalistische Dilemma in Deutschland.

### **Kampf gegen das rechte Phantom**

Der deutsche Journalismus könne dies machen, weil er einen Ersatzgegner gefunden habe: Man kritisiere nicht die Regierung, sondern ein Phantom, das Phantom der neuen Rechten. Diese neuen Rechten seien nach den Überlegungen von Bolz deshalb ein Phantom, weil sie in ihrem Ausmass, ihrer Relevanz und ihrer Virulenz masslos überschätzt würden, und zwar absichtlich.

«Man will gar nicht realistisch einschätzen, wie gross die Gefahr von Rechts ist, sondern man ist froh, hier einen Popanz zu haben, auf den man alle kritische Energie ablenken kann.»

### **Zum Schweigen verdammt, um nicht aufzufallen**

Für Interviewer Herles ist genau dies das Totschlag-Argument gegen jeden, der Merkel kritisiere, ihre Politik kritisiere: Beifall von der falschen Seite. Das dürfe man nicht riskieren.

«Das ist natürlich immer schon dumm gewesen», entgegnet ihm Norbert Bolz, denn entweder sei ihre Argumentation oder Überlegung stichhaltig und sachlich, dann sollte man sie auch bringen, gleichgültig, wer da zustimme oder sie sei einfach dumm und tatsächlich nur populistisch und man sollte sich dann als Intellektueller derartige Sätze verkneifen.

Bolz nennt als Beispiel die tatsächlich real geführte Diskussion, dass man sich Wagners Opern nicht mehr anhören solle, «nur weil Hitler sie auch toll fand.»

### **Der latente Klassenkampf mit Hass**

An dieser Stelle stellt Bolz eine entscheidende Frage: «Soll ich das, was einige Leute gut finden, die aber auf der falschen Seite der Politik stehen, mir deshalb nicht gönnen, nur weil die es auch gut finden?»

Dies sei eine absurde Position, aber sie diene dazu, einen fatalen Assoziationsmechanismus in Gang zu setzen: «Wer nicht dem linken Mainstream folgt, ist rechts. Wer rechts ist, ist ein Rechtspopulist. Wer rechtspopulistisch ist, ist im Grunde schon ein Nazi.»

Genau diese Assoziationskette sei die eigentliche Gefahr unserer politischen Kultur von heute, weil sie «jedes Argument, das nicht vom politischen Mainstream abgesegnet ist, in eine Ecke stellt, die gar nicht mehr mit Argumenten bedient wird, sondern nur noch mit Hass», so der Medienwissenschaftler. Auch heute noch seien jene «en vogue» und könnten verkauft werden, die irgendwann mal als links und progressiv galten.

«Sie können in jede Talkshow hineinkommen, wenn Sie zur kommunistischen Plattform gehörten, aber es wird schon sehr schwierig, wenn Sie bei der AfD sind.» Eigentlich gebe es in Deutschland keine Krise der Politik, sondern eher einen Kulturkampf.

### Die zum Schweigen gebrachte Mehrheit informiert sich

Die klassischen Massenmedien seien immer tiefer in Richtung ›Emotionalisierung und Personalisierung‹ gegangen, das Analytische trete immer mehr zurück. Als Grund dafür sieht Bolz die Ansicht der Medien, dass das Publikum im Grunde nur noch Entertainment wolle.

«Die sozialen Medien können dazu führen, dass die bisherige, zum Schweigen verurteilte Mehrheit Foren und Öffentlichkeitsformen findet, um sich gegen die Mainstreamöffentlichkeit der klassischen Massenmedien zu artikulieren und zu Wort zu melden.» Dies führe zu einer Möglichkeit, sich ein Bild von der Welt zu machen, ohne das ›Heute-Journal‹ oder die ›Tagesthemen‹ anzuschauen, was immer mehr Leute machen würden.

Bolz spricht da aus eigener Erfahrung mit seinen Studenten, die «kaum mehr Fernsehen gucken, kaum mehr Zeitungen kaufen und alles online abrufen.» Da habe man ein breites Angebot, das weit über den Mainstream hinausgehe, mit allen negativen Begleiterscheinungen, wie Echokammern-Effekt und ähnlichem.

### Die Schweigespirale aufbrechen

Damit wird jetzt etwas aufgebrochen, das jene Menschen, die «bisher durch eine Art silencing, durch ein zum Schweigen-Bringen, durch die klassischen Massenmedien» immer nur am Rand gewesen sind. Bolz nannte in diesem Zusammenhang den Noelle-Neumann-Begriff ›Schweigespirale‹ und das dadurch vermittelte schlechte Gefühl: «Bin nur ich das, der das anders sieht oder bin ich vielleicht doch nicht allein?»

Medienwissenschaftler Bolz glaubt: «Deshalb reagieren die klassischen Massenmedien seit einigen Monaten auch so hysterisch und schlagen um sich – also dieser Kampf gegen Fake-News und die Hysterie um den Begriff ›Lügenpresse‹.» Die klassischen Massenmedien würden sich in einem Abwehrgefecht befinden, weil ihnen die Felle wegschwommen und es andere Quellen gebe, die von den Menschen angezapft würden, die sie nicht mehr kontrollieren könnten, so Bolz.

In einer Metapher gesagt, meinte Bolz: «Es ist für mich in der Tat schon der Anfang eines kulturellen ›Bürgerkriegs‹», der mit Sicherheit nicht blutig verlaufen werde, so der Professor einschränkend. Dazu sehe er ›Frontlinien aufgerissen‹: Es sei nicht so, dass nur die Dummen und Abgehängten rechtspopulistisch wären und auf der anderen Seite alle Intelligenzen und Gebildeten links und ›Spiegel‹-Leser seien, sondern es gehe quer durch die sozialen Klassen, die Schichten, die Familien und Institutionen hindurch.

«Und die, die bisher nur schweigend mehr oder minder beobachtet haben, was sich in den letzten 20 Jahren als ›Political Correctness‹ vollzogen hat, die wehren sich allmählich.»

### Keine demokratischen Plattformen mehr?

Journalist Wolfgang Herles weist in diesem Zusammenhang auf ein Problem hin, nämlich, dass Demokratie, seit ihrer Erfindung im alten Griechenland, gemeinsame Foren brauche, in denen sich die Leute begegnen und sich austauschen könnten. Doch wir hätten eine Spaltung der Öffentlichkeit. Wenn es da keinen gemeinsamen Platz mehr gebe, auf dem man sich aufhalte, dann sehe er schwarz.

Hier kann Bolz nur zustimmend nicken und muss dem Journalisten eingestehen: «Da habe ich keine gute Nachricht. Mir fiel kein Forum ein, wo es zu einem derartigen Gespräch käme. Die groteske Deformation dessen, was Sie sich wünschen, sind ja die Talkshows, die abgehalten werden. Da werden immer die guten Menschen eingeladen – vielleicht vier Gute und zwei Schlechte, wenn es hoch kommt. Und die Bösen, die Schlechten, sind dann aber Karikaturen ihrer Positionen.»

Das seien dann meistens Lächerlichfiguren, über die man sich sofort einig sei: «So geht das nicht. Das ist verrückt und wahnsinnig.»

Man habe gar kein Interesse an einer Diskussion. Im Grunde könne das Problem nur aufgelöst werden, im demokratischen Sinne diskussionsfähig aufgelöst werden, wenn die klassischen Massenmedien zur Selbstbesinnung kommen.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/die-totale-herrschaft-merkels-links-der-spd-und-die-macht-der-gesinnungsjournalisten-prof-norbert-bolz-im-gespraech-video-a2071859.html?meistgelesen=1>

## Weitere Punktlandung von Sacharowa: «Es ist wie in Orwells ‹1984› – Kann die westliche Presse eigentlich noch tiefer sinken?»

RT Deutsch; Fr, 03 Mär 2017 16:22 UTC



Maria Sacharowa in Moskau zu westlichen Medien.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat die westlichen Massenmedien gestern auf Schärfste verurteilt. Die heutige Medienberichterstattung, bei der häufig die Berufsethik zu Gunsten der Produktion von falschen Anschuldigungen über Bord geworfen wird, erinnert sie an den grossen Bruder im Roman von George Orwell ‹1984›. Dieser diente in dem Stück als Sinnbild des absolut totalitären Systems.

Die Massenmedien, allen voran die US-amerikanischen, betreiben laut ihr eine mediale Zerstörungskampagne. Sacharowa äusserte dies, nachdem westliche Massenmedien den US-Justizminister Jefferson Sessions in ein schlechtes Licht rückten, weil dieser es versäumt hatte, zwei Treffen mit dem russischen Botschafter in den USA während der US-Präsidentschaftskampagne bekanntzumachen.

Sacharowa entgegnete: «Ich werde Ihnen ein militärisches Geheimnis verraten: Diplomaten machen ihre Arbeit und ihre Arbeit ist es, sich in einem Gastland zu vernetzen. Es steht überall geschrieben. Wenn sie nicht ‹netzwerken› oder an Verhandlungen teilnehmen, dann sind sie keine Diplomaten.»

Quelle: <https://de.sott.net/article/28485-Weitere-Punktlandung-von-Sacharowa-%E2%80%9EEs-ist-wie-in-Orwells-1984-Kann-die-westliche-Presse-eigentlich-noch-tiefer-sinken-%E2%80%9C>

## Rheinland-Pfalz: Importierte Kriminalität unverkennbar – AFD analysiert neue Polizeistatistik 2016

Von Steffen Munter: Aktualisiert: 14. März 2017 13:23

Am Montag stellte Roger Lewentz (SPD), Innenminister des Bundeslandes Rheinland-Pfalz die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS) für 2016 vor. Dies nahm der polizeipolitische Sprecher des dortigen Landesverbandes der AfD, Heribert Friedmann, zum Anlass, näher hinzuschauen. Es zeichnete sich ein Trend ab, der auch schon aus den neuen Zahlen aus Bayern und Baden-Württemberg erkennbar ist.

Der polizeipolitische Sprecher der rheinland-pfälzischen Landes-AfD, Heribert Friedmann (AfD, polizeipolitische Sprecher im Landesverband), beschäftigte sich mit den statistischen Zahlen der Polizeibehörden und sagte zusammenfassend: «Die jüngsten Messerattacken in Frankenthal und Konz sind nur die Spitze des Eisbergs importierter Gewaltkriminalität.»

Dies zeige, laut Friedmann, die am Montag von Innenminister Lewentz vorgestellte Kriminalstatistik des Jahres 2016, wie der ‹LandesPresseDienst› berichtet.

### Gewalt und Kindesmissbrauch dramatisch gestiegen

Besonders auffällig waren die enormen Zuwächse bei den Straftaten gegen Leib und Leben, die sexuelle Selbstbestimmung, den Rohheitsdelikten und die persönliche Freiheit, die von Zuwanderern begangen wurden (Heribert Friedmann, AfD-Landesverband RLP). Die Zahl dieser Delikte habe sich um mehr als 100 Prozent erhöht, bei den ‹Fällen sexuellen Missbrauchs von Kindern sogar um 350 Prozent›.

### Zuwanderer bei Tötungsdelikten ganz vorn

Gerade bei schweren Straftaten seien Zuwanderer im Fokus. «Auffällig ist besonders ihr weit überproportionaler Anteil an den Tötungsdelikten, an Vergewaltigung und sexueller Nötigung.» (Friedmann, AfD)

«Diese Zahlen zeigen eindeutig, dass die unkontrollierte Einwanderung eben auch zu den ›kriminalitätsfördernden Rahmenbedingungen‹ gehört, mit denen der Innenminister die Zuwandererkriminalität zu beschönigen versucht», so Friedmann. Die AfD-Fraktion werde die heute veröffentlichten Zahlen analysieren und die Auffälligkeiten im Sinne der Bürger weiter aufklären.

### Bayern/Ba-Wü: Crime-Anstieg durch Zuwanderer

Wie der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) am Montag in der neuen Polizeistatistik für 2016 veröffentlichte, stieg die Anzahl der kriminellen Asylbewerber um 57,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Demnach ist fast jeder zehnte Tatverdächtige in Bayern ein Einwanderer. Die Hitparade der Kriminellen führen die Syrer an, gefolgt von Afghanen und Irakern, noch vor den Kriminellen aus Nigeria. Kurzum: «Der Anstieg der Kriminalität in Bayern im Jahr 2016 ist im Ergebnis ganz überwiegend ausländischen Tatverdächtigen, darunter insbesondere Zuwanderern, zuzuschreiben.» (Joachim Herrmann, CSU, Innenminister in Bayern)

Auch in Baden-Württemberg hob sich die Tätergruppe der Syrer deutlich hervor. Deren Zahl verdreifachte sich gegenüber 2015. Auf Platz zwei liegen die Täter aus Gambia, noch vor den Afghanen. Rückgängig waren hingegen die durch Kosovaren und Serben begangenen Straftaten, da in diese Länder verstärkt abgeschoben wurde. «Grössere Sorgen bereiten uns aber die Körperverletzungsdelikte, also die Gewaltanwendung durch Asylbewerber.» (Michelfelder, LKA-Chef BW)

Hier verzeichnete die Polizei Baden-Württemberg einen Anstieg um sage und schreibe 95,5 Prozent auf 7670 Fälle. Laut Michelfelder könnte dies daran liegen, dass diese Menschen aus Kriegsgebieten kommen und möglicherweise ein anderes Verhältnis zu Gewalt haben. Ohnehin seien Flüchtlinge inzwischen in nahezu allen Kriminalitätsfeldern anzutreffen, so der LKA-Präsident von Baden-Württemberg ernüchternd.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/rheinland-pfalz-importierte-kriminalitaet-unverkennbar-afd-analyziert-neue-polizeistatistik-2016-a2070470.html>

## USA töteten/verstümmelten im Jahr 2016 mehr als 11 000 afghanische Zivilisten – Top-CIA-Mitarbeiter enthüllt, dass Zivilisten aufgrund dieses Krieges Terrorgruppen beitreten

*Veröffentlicht am March 13, 2017 in Geopolitik/Welt von cosmicus*

Im Jahr 2001 fielen die Vereinigten Staaten in Afghanistan ein als Teil des sogenannten Krieges gegen den Terror. Die Regierung der Vereinigten Staaten wurde in Afghanistan durch die Beteiligung des Vereinigten Königreichs unterstützt. Später schlossen sich auch die North Atlantic Treaty Organization (NATO) und die sogenannte ›International Security Assistance Force‹ (ISAF) (auf Deutsch: Internationale Schutztruppe) den Vereinigten Staaten in dem Land an. Sie wollten Osama bin Laden jagen und auch die Taliban zerstören.

Zu Beginn der Invasion sagte der Mann im Oval Office des Weissen Hauses, damals George W. Bush, das Hauptziel sei, al-Qaida zu demontieren und zu verhindern, dass es eine sichere Basis für Operationen in Afghanistan habe, indem die Taliban von der Macht entfernt werden sollten.

Als sich später herausstellte, dass Bush und seine europäischen Kriegs-Kohorten kein Recht zur Invasion in Afghanistan hatten, griff die Regierung der Vereinigten Staaten zu Propaganda-Berichterstattung durch die Massenmedien und versuchte zu begründen, warum es für das Land notwendig sei, nunmehr im Nahen Osten in den Krieg zu ziehen, einschliesslich des Irak-Krieges.

Während seiner Präsidentschaftskampagne im Jahr 2008 hatte Barack Obama versprochen, die unnötigen Kriege zu beenden, welche die USA im Nahen Osten führten. Insbesondere sagte er, er werde alle Soldaten der Vereinigten Staaten aus Afghanistan abziehen, da der Krieg keine Vorteile bringe.

Obwohl Obama in der Lage war, zwischen 2011 und 2016 einige Truppen der Vereinigten Staaten und der NATO abzuziehen und viele Kampffrollen an die afghanischen Sicherheitskräfte zu übertragen, gibt es immer noch Soldaten der von den Vereinigten Staaten geführten Koalition, die in dem Land im Kampfeinsatz sind.

Doch während der Kampf in Afghanistan weitergeht, hält auch die Gefahr für das Leben der Zivilisten an. Die Zahl der Todesopfer unter der Zivilbevölkerung ist infolge der von den Vereinigten Staaten geführten Luft-Boden-Angriffe namentlich in zivilen besiedelten Gebieten des Landes gestiegen.

Am 9. Februar 2017 bestätigten die Vereinten Nationen, dass 18 Zivilisten in einem von den USA geführten Luftangriff im Sangin-Bezirk von Helmand in Afghanistan getötet wurden. Die Angriffe zielten angeblich auf Anti-Regierungskräfte. Die Vereinten Nationen bestätigten, dass die Toten allesamt Frauen und Kinder waren.



Obwohl das Pentagon die Aussage der Vereinten Nationen zu widerlegen versuchte, räumte es später ein, dass tatsächlich Kampfflugzeuge der USA 30 Bombenangriffe in diesem Bereich abgeschlossen hätten, darunter auch die Angriffe, welche vermutlich diese zivilen Todesopfer gekostet haben. Natürlich werden die Vereinigten Staaten selbst solche brutalen Morde stets als versehentlichen «Begleitschaden» verharmlosen.



Bevor die Zahl der zivilen Todesopfer offenbart wurde, hatte die UN-Mission in Afghanistan am 6. Februar 2017 getwittert, dass es im Vorjahr eine «Rekordzahl» an zivilen Todesopfern und Verletzten in Afghanistan gegeben habe. Nach den UN-Angaben stand die Zahl ziviler afghanischer Opfer – getötet bzw. verstümmelt – im Jahr 2016 bei 11 418 Personen.

Auch wenn andere militante Gruppen im Land gewiss zu dieser Rekordzahl von getöteten oder verletzten Zivilisten beigetragen haben, klebt das Blut dieser unschuldigen Leben auch an den Händen der Vereinigten Staaten. Vor der illegalen Invasion des Landes durch die Vereinigten Staaten konnten diese nun toten oder verletzten Zivilisten ihr Leben ohne Angst vor Tod oder Verletzung geniessen.

Diese inakzeptable und eklatante Aggression gegen unschuldige Leben, welche die Vereinigten Staaten in Afghanistan und anderswo in der Welt verüben, hat einen ehemaligen Top-Mitarbeiter der Central Intelligence Agency (CIA) dazu bewegt, sich zu dem Thema zu äussern.

Jack Rice sagte gegenüber dem *englischsprachigen Kanal von Russia Today*, dass die sogenannten «Kollateralschäden» der Vereinigten Staaten und seiner Koalitionstruppen in Afghanistan die Zivilbevölkerung des Landes dazu treibe, militanten und anderen terroristischen Gruppen im Land beizutreten. Rice ist jetzt ein internationaler Rechtsexperte, und er ist überzeugt, dass der Krieg gegen den Terror, den die Vereinigten Staaten im Land führen, eine völlige Farce ist. Er sagte, das Ansteigen der zivilen Opfer in Kriegen, welche die Vereinigten Staaten im Nahen Osten und in anderen Teilen der Welt führen, sei der Hauptgrund für die Ausbreitung von militanten und terroristischen Gruppen in diesen Gebieten.

«Weiterhin erleben wir, wie Zivilisten in sehr grosser Zahl getötet werden – wir haben dies in Afghanistan gesehen, im Norden Pakistans, im Jemen, in einem Teil von Nordafrika. Und das eigentliche Problem ist, dass damit die Bevölkerung in die Hände der gegnerischen Parteien und der Opposition getrieben wird. Und das ist wirklich entgegengesetzt zu dem, was die Amerikaner und die Koalitionskräfte jetzt angeblich erreichen wollen», sagte der ehemalige CIA-Beamte.

Nach fester Überzeugung von Rice wird, trotz der abscheulichen Verbrechen, die in diesen Kriegen von den Vereinigten Staaten gegen Zivilisten begangen werden, bestimmt kein einziger amerikanischer Führer, Soldat oder Geheimdienstler jemals zur Rechenschaft gezogen werden. Er machte die vernichtende Offenbarung, dass, wenn solche abscheuliche Verbrechen gegen Zivilisten begangen werden, die Vereinigten Staaten einfach eine künstliche Entschuldigung abgeben, sowie Schmiergelder an die Regierungen in diesen Ländern zahlen, damit das Thema dieser abscheulichen Verbrechen verschwindet.

«Was wahrscheinlich passieren wird ist an diesem Punkt, dass eine Entschuldigung abgegeben wird, und es könnte sogar Geld sein, das übergeben wird. Aber ich glaube nicht, dass irgendjemand verantwortlich gemacht werden wird», sagte Rice. «Was wirklich bedauerlich daran ist», so fuhr er fort, «ist, dass dies ein grundsätzliches Problem dieser sogenannten Luft-Boden-Angriffe deutlich macht.»

Während sie auf der ganzen Welt herumparadieren, angeblich den Terrorismus bekämpfen und dabei «Kollateralschäden» schaffen, sind die eigentlichen Terroristen diejenigen, die in Washington sitzen. Kaufen Sie ihnen niemals ihre Lügen ab. Sie betrügen und treiben die amerikanische Öffentlichkeit in nutzlose und unnötige Verteidigungsausgaben, während akute Themen wie Armut völlig ignoriert werden.

Übersetzt aus dem Englischen von: AnonHQ.com; <http://anonhq.com/u-s-helps-kills-maim-11-000-afghan-civilians-2016-top-cia-officer-reveals-war-making-civilians-join-terrorist-groups/>

Quelle: <http://derwaechter.net/usa-totetenverstummelten-mehr-als-11-000-afghanische-zivilisten-im-jahr-2016-top-cia-mitarbeiter-enthullt-dass-zivilisten-aufgrund-dieses-krieges-terrorgruppen-beitreten>

## Gegen Aufklärung und unsere Grundrechte: BGH verhindert Aussage von Edward Snowden bei NSA-Untersuchungsausschuss in Deutschland

*Sputnik; Do, 16 Mär 2017 15:51 UTC*

Mit seinem jüngsten Beschluss hat der Bundesgerichtshof eine Aussage von Whistleblower Edward Snowden vor dem NSA-Untersuchungsausschuss faktisch verhindert und die Chance versäumt, den internationalen Überwachungsskandal je aufklären zu können.

Dies teilten der Obmann der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im NSA-Untersuchungsausschuss, Konstantin von Notz, und die Obfrau der Fraktion Die Linke, Martina Renner, auf Sputnik-Anfrage mit, die den entsprechenden Antrag gestellt hatten.

«Der Bundesgerichtshof zieht sich mit seinem Snowden-Beschluss auf Formfragen zurück und verhindert damit faktisch eine Aussage von Edward Snowden vor dem NSA-Untersuchungsausschuss», heisst es in der Pressemitteilung, die Sputnik vorliegt. «Damit hat die Koalition ihr Ziel erreicht: Keine Ladung des wichtigsten Zeugen, keine Verstimmung von Trump und keine unangenehmen Fragen an die Geheimdienste», so die Oppositionspolitiker.

Der BGH habe mit der jüngsten Entscheidung auf Antrag der Koalition «die eigene mutige Entscheidung» aufgehoben. Im November des vergangenen Jahres hatte die Ermittlungsrichterin entschieden, dass die Bundesregierung die nötigen Bedingungen für Snowdens Befragung schaffen müsse.

«Das ist politisch ärgerlich, denn weite Teile des internationalen Überwachungsskandals bleiben nun unaufgeklärt: Deutschland hätte die Möglichkeit gehabt, hier eine wegweisende Rolle einzunehmen. Diese Chance ist vertan», so Renner.

Statt der eigentlichen Frage nachzugehen, wie Beweisbeschlüsse umgesetzt werden müssen, beseitige der BGH die Minderheitenrechte der kompletten Opposition bei der Beweiserhebung im NSA-Ausschuss «mit einem Federstrich», kommentierte von Notz. «Mit dieser Auslegung wird die parlamentarische Kontrolle verunmöglichlicht.» Dies zeige, welche problematischen Auswirkungen die Koalition aus Union und SPD auf die Funktionalität des Parlaments habe.

Quelle: <https://de.sott.net/article/28689-Gegen-Aufklarung-und-unsere-Grundrechte-BGH-verhindert-Aussage-von-Edward-Snowden-bei-NSA-Untersuchungsausschuss-in-Deutschland>

## Seehofer nach Treffen mit Putin: Sanktionen müssen weg!

*Ulrich Heyden; RT Deutsch; Fr, 17 Mär 2017 13:08 UTC*

Auch am zweiten Tag seines Moskau-Besuches hat der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer ein vollgepacktes Programm. Mit einer Delegation von 100 Personen war er am Mittwoch in die russische Hauptstadt gekommen. Bereits am Morgen gab es ein Treffen mit Vertretern der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen. Dabei sei es auch um «Belastungen und Pressionen» gegangen, erklärte der Ministerpräsident gestern auf einer Pressekonferenz im Nobel-Hotel Ritz Carlton, unweit vom Kreml. Vertreter der Zivilgesellschaft hätten ihm mitgeteilt, «Sprachlosigkeit sei kein Rezept». Man müsse seine Überzeugungen für Menschenrechte «hörbar definieren».

Zu einem längeren Gespräch trafen sich Horst Seehofer und Wladimir Putin am Donnerstagabend im Kreml. Das Treffen dauerte eine Stunde und 45 Minuten, was sehr viel für den Ministerpräsidenten eines deutschen Bundeslandes ist.

Dieses Gespräch sei «sehr ernsthaft» gewesen, «wie man es selten erlebt», so Seehofer auf einer Pressekonferenz mit deutschen Journalisten im Ritz Carlton an der Twerskaja-Strasse.



© Reuters

*Fast zwei Stunden sprachen der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer und Russlands Präsident Wladimir Putin im Kreml. Thema waren die Sanktionen, die Situation in der Ukraine und die angeblichen Cyberattacken Russlands. Danach gab Seehofer eine Pressekonferenz. Die erste Frage ging an RT Deutsch.*

### Fast wie ein Aussenminister

Horst Seehofer ist sichtlich zufrieden. Es scheint ihm zu gefallen, dass er sich für ein paar Tage auf aussenpolitischem Terrain bewegt. Denn beim Gespräch mit Putin ging es nicht nur um die traditionell guten Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Freistaat Bayern und Russland, sondern auch um internationale Fragen.

Das Abkommen von Minsk war ein Hauptthema. «Der Präsident hat erklärt, dass er zu diesem Abkommen steht», und zwar «ohne Wenn und Aber», sagt Seehofer auf der Pressekonferenz.

Alle Kräfte müssten nun daran gesetzt werden, dass es auch «real zur Umsetzung dieses Abkommens kommt». Das sei «Voraussetzung für die Überwindung der Sanktionen».

Quelle: <https://de.sott.net/article/28703-Seehofer-nach-Treffen-mit-Putin-Sanktionen-mussen-weg>

### Migrantenkriminalität in Deutschland ausser Kontrolle

*Freitag, 17. März 2017, von Freeman um 08:00*

Das Merkel-Regime und die deutschen Fake-News-Medien wollen nicht über die ausufernde Kriminalität der Migranten reden. Deshalb ist es fast ein Wunder, dass die Sendung «Akte 2017» dieses Thema bringt und die krassen Probleme aufzeigt. Der Journalist Claus Strunz ging in Berlin ans Kottbusser Tor – den gefährlichsten Ort Deutschlands – und berichtet darüber was dort an Verbrechen passiert und dass ein rechtsfreier Raum existiert.

Die Linksfaschisten, die in Berlin regieren, verbieten die Durchführung einer Videoüberwachung an den bekannten Orten der Kriminalität. Deshalb haben Strunz und seine Crew-9 Kameras am und um das Kottbusser Tor aufgestellt und für 48 Stunden die Verbrechen aufgezeichnet. Vergangenes Jahr hat die Berliner Polizei dort 1600 Straftaten registriert, dabei hat das Kamerateam in den 48 Stunden Aufzeichnung hunderte Verbrechen festgehalten.

Strunz weist darauf hin, dass die katastrophalen Verhältnisse und der Zusammenbruch des Rechtsstaates das direkte Resultat der Einwanderungswelle sind. Verbrechen werden nicht verfolgt und wenn ja, die Täter sofort wieder freigelassen, die sich dann eins lachen. Die meisten jungen Männer, die er auf dem Platz getroffen hat, kamen in den letzten 1 1/2 Jahren als Flüchtlinge nach Deutschland, sagt Strunz.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2017/03/migrantenkriminalitat-in-deutschland.html>

### Rassismus: Das Schweigen der Schulen über Deutschenfeindlichkeit

*Veröffentlicht am 15. März 2017 von rsvarshan*



*Autorin: Regina Mönch,  
Feuilletonkorrespondentin in Berlin.*

Zu lange wurde geduldet, zu lange auf multikulturelle Beschwörungsrituale gesetzt, zu lange die Debatte vermieden und das Problem rhetorisch verbrämt: Es gibt einen Rassismus in sozialen Brennpunkten, der von muslimischen Schülern ausgeht.

Als Christoph ein kleiner Junge war, wusste er sehr genau, was zu tun war. Tauchten am Ende einer Strasse türkische und arabische Nachbarjungen auf: Mindestens die Strassenseite wechseln, am besten einen Umweg nehmen. Es hat nicht immer geklappt, dann gab es Prügel und Beleidigungen. Er war eben das ideale Opfer, ein deutsches Kind, Angehöriger einer Minderheit im Kiez, noch dazu allein. Das ist fast zwanzig Jahre her.

Eine Schule des Lebens nennt der junge Mann heute sarkastisch diese ungemütlichen, angstbesetzten Heimwege. Sie haben ihn früh resistent gemacht gegen multikulturelle Beschwörungsrituale. Öffentlichen Beistand habe er nie erwartet, weil die Erwachsenen dazu ja schwiegen; wohl aus Furcht, glaubt er, in die Rechtsradikalecke gestellt zu werden oder als Ausländerfeind zu gelten.

Ein alltägliches Beispiel, das sich seitdem zehntausendfach wiederholt hat, mit krasserem Übergriffen inzwischen und nicht nur in Berlin. Ab und an stand darüber auch etwas in den Zeitungen. Doch eine Debatte, wenigstens über die Preisgabe der seelischen und körperlichen Unversehrtheit vieler Kinder für den vermeintlich guten Ruf von was auch immer, die gab es nicht.

Also packte, wer konnte, die Umzugskisten und zog weg, brachte die Kinder in Sicherheit. Nicht nur Deutsche räumten ihre Wohnungen in Vierteln, in denen zuvor schon ihre Eltern aufgewachsen waren. Auch die aufstiegsbewusste türkische Mittelschicht ergriff die Flucht. Das alles ist nicht neu. Neu ist nur das plötzlich so öffentliche Entsetzen über das inzwischen vergiftete Klima an vielen Schulen mit Deutschen als bedrängte Minderheit.

### Eine überaus groteske Vorstellung

Nun also, im Oktober des Jahres 2010, melden Zeitungen und Nachrichtenagenturen im ganzen Land, dass jetzt endlich die Lehrer Alarm schlagen, weil die ‚Deutschenfeindlichkeit‘ auch in den Schulen überhandnehme. Aber was soll man davon halten, wenn Spitzenfunktionäre der Lehrerverbände wie Joseph Kraus einräumen, dieses Problem sei zu lange ‚unter der Decke‘ gehalten worden. Unter dieser Decke kämpften engagierte Pädagogen gegen eine verheerende Entwicklung an, über die nur in einem Punkt Einigkeit herrschte: Es wird geschwiegen. Wer sich nicht daran hielt, bekam Ärger mit der Schulbehörde, wurde versetzt oder anders gemassregelt.

Die Vizechefin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Marianne Demmer, gibt der Stadtplanung die Schuld. Es sei falsch, ‚Schulen in Problemvierteln zu errichten‘. Eines der schwerwiegendsten Probleme dieser Viertel umschreibt man gern mit Bildungsferne. Die würde, evakuierte man die dortigen Schulen in die friedlichere Parallele unserer Gesellschaft, dann ins Unendliche gedehnt. Eine groteske Vorstellung.

Die GEW veranstaltete kürzlich einen Workshop zur Deutschenfeindlichkeit. Fazit: Alles nicht so schlimm. Das soziale Desaster der Risikobezirke reicht als Begründung. Kulturelle Differenzen aber und vor allem die Abgrenzungsmacht der orthodoxen Moscheevereine, die Eltern wie Kindern so erfolgreich das Bild vom verkommenen Westen und den unsittlichen, ehrlosen Deutschen einimpfen, das war der Rede nicht wert. Nach diesem Workshop und seiner Relativierungsbotschaft begann jedes Gespräch mit Lehrern wieder entweder mit der freundlichen Absage, man dürfe darüber nicht reden oder, falls doch, bitte anonym. Auch die Schule dürfe nicht genannt werden, weil sie mit anderen um Schüler konkurriere.

### Der islamische Abgrenzungswahn

Einige Lehrer aber hatten vor allem einschlägige Erfahrungen mit wütenden Angriffen von unsanft geweckten Schulräten und Politikern, die ihnen nun die ganze Schuld an der Misere gaben, demütigende Stellungnahmen einforderten oder Versetzung androhten. Die eifernden Schulbürokraten hätten es hingegenommen, damit auch noch die mühsam errichteten Dämme gegen einen islamisierten Schulalltag einzureissen; den Gitarrenunterricht, das Theaterspiel, das Tanzen, die informelle Handwerkslehre – die es nur dort gibt, wo Pädagogen immer wieder versuchen, nicht alle, aber doch wenigstens einige ihrer Schüler zu retten vor dem islamischen Abgrenzungswahn.

Also wird anonym notiert, dass neben dem Rassismus gegen Deutsche vor allem die Gewalt gegen Romakinder Sorge macht, weil die ganz unten stehen auf der verqueren Werteskala der muslimischen Herren der Strasse und der Schulhöfe. Aber auch die Mädchen langen zu, ‚Kopftuch gegen Blond‘ nannte sich eine Hasskampagne an einer Schule. Aber die Kopftücher hatten sich verrechnet, ihre schicken, blonden Gegnerinnen waren Polinnen, denen man zu Hause offenbar nicht eingetrichtert hatte, dass es besser sei, sich wegzuducken.

Lehrerinnen, die viele Jahre an Hauptschulen mit inzwischen mehrheitlich muslimischer Schülerschaft aus türkischen und arabischen Familien arbeiten, wissen sich auch zu wehren. Sie drohen erfolgreich mit Klage,



wenn die Eltern der renitenten Jungen, die gerade wieder ein ‹deutsches Schwein› verprügelt haben, sie als ‹Faschistin› denunzieren. Aber im Grossen und Ganzen fühlen sich Lehrer im Stich gelassen angesichts eines manifesten Rassismus gegen alle, die anders sind: Die Deutschen, die Roma, die Juden, gute türkische Schülerinnen ohne Kopftuch, die muslimischen ‹Verräter›, die den Koran-Unterricht schwänzen.

Die Jugendrichterin Heisig hat in ihrem Buch ‹Das Ende der Geduld› diese Situationen ausführlich beschrieben. Auf ihren Elternabenden wurde sie besonders von arabischen Vätern belehrt, was ‹unsere Ehre› bedeutet und dass da niemand reinzureden hat und dass die Deutschen noch eine gewaltige Bringschuld abtragen müssten, bevor man sie akzeptiert. Die Multikulturalisten sehen das ähnlich. Als die Richterin einmal drei türkische Schläger, die ‹deutsche Schlampen› in einem Bus bespuckt und angegriffen hatten, auch wegen ‹Volksverhetzung› verurteilen wollte, musste sie einlenken.

### Wowereit sollte sich eine Freitagspredigt anhören

Die Jungen hatten ihren Opfern noch zugerufen: ‹Wir werden euch alle vergasen!› Das aber, so die gängige Rechtsprechung, an die sich eine Amtsrichterin zu halten hat, trifft auf junge Türken, die gegen eine ‹von der übrigen Bevölkerung› nicht abgrenzbare diffuse Mehrheit hetzen, nicht zu. Im heimischen Viertel wird man sich über diese Nachricht gefreut haben.

Wer jetzt schon wieder, wie etwa Berlins Bürgermeister Wowereit, von Übertreibung spricht oder Lehrern aufgibt, doch endlich gegen diesen Hass und die Frauenverachtung anzugehen, sollte erst einmal dieses aufklärende Buch lesen. Und mit betroffenen Lehrern reden. Oder sich eine Freitagspredigt anhören, in der die verschiedenen Arten von Menschen, streng am Koran entlang, vor Hunderten Frommen erläutert werden: Die Guten, die auch ins Paradies kommen, sind die gottesfürchtigen Väter, die darauf achten, dass ihre Töchter nicht vom schlechten Geist der Ungläubigen infiziert werden; die Schlechten, die in ‹Erniedrigung und Unwürdigkeit› leben – das sind die ‹Schauspieler, Tänzer, Sänger› –, wird Gottes Strafe treffen, genauso wie die ‹Westlichen›, die kein Glück im Sinne des Islam spüren können. Das sind die seelischen Aufrüstungen, die Familien sich holen, deren Kinder dann in den Schulen die ‹Huren› und ‹Schlampen›, die ‹Christen› und ‹Schweinefleischfresser› jagen.

### Einmalig in der Geschichte der Migration

Es ist egal, ob die Pöbler und Schläger in schwierigen sozialen Verhältnissen aufwachsen. Das müssen andere auch, und nicht selten teilen die ‹ungläubigen›, also nichtmuslimischen Schüler, die sich in der Pause nicht mehr auf den Schulhof trauen, mit ihren Peinigern die Erfahrung sozialer Not. Es wird auch nichts helfen, wenn noch mehr Geld für staatliche Wohltaten ausgegeben wird. Denn die Verachtung, die viele muslimische Einwanderer der Gesellschaft entgegenbringen, die sie aufgenommen hat, ist das eigentliche Problem.

Und es ist in der Migrationsgeschichte einmalig. Mit Appellen an die Unwilligen, sich doch bitte zu integrieren, ihre Töchter doch bitte lernen zu lassen und nicht an den unbekanntem Cousin aus dem Heimatdorf der Grosseltern zu verheiraten und die Lehrerin auch als Frau zu achten, ist es nicht getan.

Intoleranz darf man nicht mit wohlmeinender Toleranz belohnen, sie ist zu ächten, wie der Rassismus, der jetzt niedlich zur ‹sogenannten Deutschenfeindlichkeit› herabgestuft werden soll. Beginnen könnten wir diese Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz, das ja vor kurzem vom SPD-Vorsitzenden Gabriel zur neuen Leitkultur erhoben wurde. Und beginnen sollten wir dieses Mal nicht wie sonst, wenn es um islamische Probleme geht, mit der Religionsfreiheit, sondern mit den Artikeln 1 bis 3, mit der Unantastbarkeit der Würde des Menschen, der Gleichberechtigung von Mann und Frau und dem Verbot, andere wegen ihres Glaubens, ihrer Weltanschauung, ihrer Sprache und Heimat zu verachten.

Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/integration/rassismus-das-schweigen-der-schulen-ueber-deutschen-feindlichkeit-11056390-p2.html>

### Anmerkung meinerseits:

Ein erstaunlicher Artikel in der FAZ, eine Zeitung, die dem Mainstream zuzuordnen ist. Diesmal trifft der Beitrag den sprichwörtlichen Nagel auf den Kopf. Zumal noch vor wenigen Wochen ein anderer Ton herrschte, indem in ‹political correctness› als Regierungssprachrohr geschrieben wurde ... und (ich denke mal weiter) weiterhin geschrieben wird. Allem Anschein nach hat der Chefredakteur diesmal geschlafen, denn sonst würde ein solcher Artikel in keiner deutschen Presse erscheinen.

Oder ... haben wir es hier mit dem TRUMP-Effekt zu tun?

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Arshan

Quelle: <https://rsvdr.wordpress.com/2017/03/15/rassismus-das-schweigen-der-schulen-ueber-deutschenfeindlichkeit/>

## Medienwissenschaftler Bolz über die Hysteriemaschine der Massenmedien und die zur Gefahr aufgeblasene ›Rechte‹

Von Nancy McDonnell; Aktualisiert: 14. März 2017 13:50

«Medien kritisieren nicht mehr die Regierung, sondern ein Phantom.» Der Medienwissenschaftler Norbert Bolz über die deutschen ›Gesinnungsjournalisten‹, die jetzt einen Ersatzgegner gefunden haben – die zur Gefahr aufgeblasene ›Rechte‹. Die bisher zum Schweigen verurteilte Mehrheit habe jetzt öffentliche Foren gefunden, um sich ebenfalls zu Wort zu melden – und das sei nicht ganz ungefährlich für die Mächtigen in Deutschland.



Plakat auf einer Pegida-Demo in Dresden. Foto: TOBIAS SCHWARZ/AFP/Getty Images

«Heute haben Politiker ihre grossen Auftritte nicht mehr im Parlament sondern vor den Medien», sagt Medienwissenschaftler Norbert Bolz. Journalist Wolfgang Herles traf ihn zum Interview, um sich mit ihm über die Rolle der Medien im Hinblick auf die Berichterstattung über Regierung und Politiker zu unterhalten. Die Zeiten, in denen es Aufgabe der deutschen Journalisten war, die Mächtigen zu kritisieren, sei laut Herles längst vorbei – heute habe man den Eindruck, dass die Mainstreammedien Merkel verteidigten – über Jahre hinweg. «Ausgerechnet die Linken sagen, eine Regierung muss von uns verteidigt werden», so Herles.

Bolz: «Das hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass die deutschen Journalisten immer schon Gesinnungsjournalisten waren – sie wollten immer auch Meinungen voranbringen und nun hat Merkel es geschafft, alle linken Themen selbst zu besetzen, indem sie mit ihrer Partei, die ja eigentlich eine konservative war, die SPD links überholt hat und auch der Grünen Partei alle eigenen Themen weggenommen hat.»

Innerhalb des Parlaments gebe es heute keine sachlichen Themen mehr, die Merkel nicht selbst vertrete und zwar besser und nachdrücklicher als die anderen, meint Bolz weiter. Ergo, es gebe nur noch die Möglichkeit einer Radikalkritik der bestehenden Ideologie, auf der unsere Kultur zur Zeit beruhe – oder eben ›mit diesen Wölfen zu heulen‹ – und genau das mache unser Journalismus.

### «Man kritisiert nicht die Regierung sondern ein Phantom»

«Und er kann es deshalb machen», so Herles weiter, «weil er einen Ersatzgegner gefunden hat – man kritisiert nicht die Regierung, sondern ein Phantom, nämlich das Phantom der neuen Rechten.» Ein Phantom sei es deshalb, weil diese existierenden Rechten in Ausmass und Relevanz absichtlich überschätzt würden – man wolle gar keine wahre Einschätzung sondern sei froh, hier einen Popanz gefunden zu haben, auf dem man alle kritische Energie ablenken könne, um dann umso affirmativer sich der Regierungspolitik zuwenden zu können.

Bolz weiter: «Wer nicht dem linken Mainstream folgt, ist rechts, wer rechts ist, ist ein Rechtspopulist, wer rechtspopulistisch ist, ist im Grunde genommen schon ein Nazi. Und genau diese Assoziationskette ist die eigentliche Gefahr unserer politischen Kultur heute, weil sie jedes Argument, das nicht abgesegnet ist vom politischen Mainstream in eine Ecke stellt, die gar nicht mehr mit Argumenten bedient wird, sondern nur noch mit Hass.» Es bestehe überhaupt kein Interesse mehr, auf politische Fragen politisch zu reagieren, so Bolz weiter. Denke man an Trumps Mauerbau zu Mexiko, «ich höre keine Nachrichten darüber, dass dort längst eine Mauer existiert (...) und dass die gleiche Praxis der Abschiebung bzw. Abwehr von illegalen Einwanderern von allen anderen Regierungen auch durchgeführt worden ist.» Aber man wolle überhaupt nicht kritisch darüber nachdenken, «weil man diesen Belzebub braucht».

Merkel sei hierbei die umgekehrte Figur, so wie man zur Apologie von Frau Merkel einen Bösewicht braucht – Pegida im Idealfall – so brauche man zur Konsolidierung des eigenen Weltbildes einen Weltbösewicht, der sich mit Trump jetzt wunderbar anbiete und hervorragend mit dem uralten linken Antiamerikanismus harmonisiere. Es sei eine ideale Mischung, dass man den Hass auf Amerika jetzt auch noch in einer öffentlichkeitsbösen Figur konzentrieren könne.

Wenn man die Zeit rechnen würde, die man mit Popanzbeschreibungen über Trump oder Pegida verwende, um einmal konkrete Probleme zu analysieren, dann wäre wirklich etwas gewonnen, so Bolz weiter, aber da sehe er wirklich überhaupt keinen Schritt in diese Richtung – eher im Gegenteil, die klassischen Massenmedien gingen immer tiefer in diese Richtung von Emotionalisierung und Personalisierung – das Analytische trete immer mehr zurück.

«**Zum Schweigen verurteilte Mehrheit findet jetzt öffentliche Foren, um sich zu Wort zu melden**»

Der heutige Kulturkampf sei für die Mächtigen nicht ganz ungefährlich, «weil man jetzt vermuten kann, dass die neuen internetbasierten Medien und sozialen Netzwerke dazu führen, dass die bisherige, zum Schweigen verurteilte Mehrheit jetzt doch öffentliche Foren findet, um sich gegen die Mainstream-Öffentlichkeit der klassischen Medien zu artikulieren und zu Wort zu melden», meint der Medienwissenschaftler weiter im Interview. «Und vor allem plötzlich auch die Möglichkeit sehen, jetzt ein Bild von der Welt zu bekommen, ohne dass man das <heute-journal> oder die <Tagesschau> anschauen muss – und das machen immer mehr.»

Bolz wisse das zum Beispiel von seinen eigenen Studenten, die kaum mehr Fernsehen schauen würden, kaum mehr Zeitungen kaufen, alles online abrufen würden – und da habe man ein breites Angebot, das weit über diesen Mainstream hinausgehe – mit allen negativen Begleiterscheinungen. Aber dadurch gebe es eben die Möglichkeit, dass die Leute, die bisher durch eine Art <Silencing> – durch ein zum Schweigen bringen – immer nur mit diesem schlechten Gefühl am Rande waren – «Mein Gott bin nur ich das, der das anders sieht oder bin ich vielleicht doch nicht allein» sich auch eine Stimme verschaffen könnten.

Diese <Schweigespирale> werde jetzt aufgebrochen und deshalb, glaubt Bolz, reagierten die klassischen Medien seit einigen Monaten jetzt auch so hysterisch und würden um sich schlagen. Der Kampf gegen Fake-News und die Hysterie um den Begriff Lügenpresse zeige, dass sich die klassischen Massenmedien zu Recht in einer Art Abwehrgefecht befänden, weil sie merkten, dass <die Felle ihnen allmählich davon schwimmen>.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/medienwissenschaftler-bolz-ueber-die-hysteriemaschine-der-massenmedien-und-die-zur-gefahr-aufgeblasene-rechte-a2070478.html>

## Wenn der Euro kracht, sind die Populisten schuld

13. März 2017 WiKa Finanzen, Hintergrund, Medien, Utopia, Wirtschaft 23



**Grosses Bangemachen:** Passend zur anstehenden Wahl in Frankreich muss noch ordentlich die Angst vorm <Schwarzen Mann> in Rest-Europa geschürt werden. Allen voran, wie könnte es anders sein, tun sich hier die <Augsteiner Lausbuben> hervor. Sie reüssieren schon mal über die grosse Pleite, sollten beispielsweise in Frankreich die Populisten an die Macht kommen. Dass die grosse Pleite ohnehin ansteht, muss ja nicht gesondert erwähnt werden. Wichtig ist doch nur, bereits heute die korrekten Schuldzuweisungen für das Dilemma vorzeigen zu können.

Abgesehen davon ist es sinnvoll, sich nicht durch eine falsch verwendete Begrifflichkeit in die Irre führen zu lassen. Wenn also der pseudolinke bzw. pseudodemokratische SPD-Schulz dem Volk nach dem Maul redet, dann ist er unstrittig ein **Populist**. Leider wird der Begriff zunehmend für rechtslastige Gesinnung missbraucht, was schlicht falsch ist, weil Populismus von Haus aus rein gar nichts mit einer politischen Richtung zu tun hat. Vielleicht möchte man dem Pöbel aber auch nur suggerieren, dass er es mit Schmuttelkram zu tun hat, sobald ihm wer nach dem Mund redet.

Zurück zum irren Zerrbild welches hier gespiegelt ward: **Möglicher Euro-Austritt Frankreichs <De facto wäre das ein Staatsbankrott> ... [SpeiGel auf Linie].** Dort lässt der Spiegel den Christoph Pauly raushängen, der in

dem Beitrag fulminant den Finanz-Crash-Teufel an die Wand malen darf. Egal, wer sich jetzt zuerst am Euro vergreift, sei es der Geert Wilders aus Käseland oder die wüste Marine Le Pen aus Froschfresserland.

### Der nicht kommunizierte Zweck des Euro

Peinlich wäre nur, wenn der Euro schon vorher platzt. Letztlich dient der Euro nur einem einzigen Zweck: Einer beschleunigten Umverteilung von unten nach oben. Das funktioniert nachweislich und nachhaltig. Es geht um nicht weniger als die Vergemeinschaftung der Euro-Schulden, so dass die reicheren Nord-Länder nachher für die armen Schlucker-Länder die Zeche zu bezahlen haben. Die Pfründe des Nordens wären ohne dieses Konstrukt für die Finanzmafia nicht zu knacken gewesen. Jetzt ist es ein Leichtes. Die Banken müssen stets nur **«Solidarität»** schreien, dann kommen alle Steuerzahler gerannt, sie zu erretten. Immerhin scheint **«Bankenrettung»** die soziale Aufgabe dieses Jahrhunderts zu sein.

Nur weil der Euro ein grosses historisches Projekt ist, muss man ja nicht zwanghaft daran festhalten. Zumal, wenn es ein nachweislich schlechtes Projekt ist, welches auf Dauer mehr Probleme bereitet als es löst. Das Kernproblem der zwangsverheirateten Euroländer wurde bisher niemals gelöst (war auch nicht die Absicht), sondern nur aktiv und massiv verschleiert. Es ist die **ungleiche Leistungsfähigkeit der beteiligten Volkswirtschaften**. Aber schön, dass uns der Mainstream, hier vertreten durch den Spiegel, schon mal drauf vorbereitet, das lediglich die Populisten für das Scheitern des Projekts Euro die Verantwortung tragen. Ob die Propaganda gut oder schlecht war, wird sich daran festmachen, wie viele Leute am Ende die realen Sachverhalte für den Zusammenbruch des Euro noch benennen können.

Quelle: <https://qpress.de/2017/03/13/wenn-der-euro-kracht-waren-es-die-populisten/>

### Flüchtlingsdebatte – Angst und Zorn steigen

12/03/2017 12/03/2017 Raoul Josef Senekovic

Aus gegebenem Anlass eine Email-Diskussion infolge einer lässig dahin geplapperten Bemerkung, die man allerdings nur selbst lustig fand ... Die Saat der Hetze geht auf ... So wie dieser elektronische Briefwechsel, aufgrund einer Bemerkung über Arbeitslose und Asylanten stattfand, so ergeht es vielen wie mir auch, immer wieder in betreffender Debatte. Der wiedergegebene Dialog findet zwischen R und V statt.

Wie man merkt, mit viel Geduld, einfacher Wortwahl und keinesfalls angriffig:

R: *Doch möchte* ich dir etwas zu bedenken geben, bezüglich deiner Bemerkung, dass Arbeitslose und Asylanten die Gleisanlagen putzen sollten, sie bei nahenden bzw. einfahrenden Zügen vielleicht auch nicht verlassen dürfen, als meine überspitzte, grausame Ergänzung dazu. Da ich selbst nach zwanzig Jahren *«bravem»* Arbeiten und *«bravem»* Steuerzahlen als unfreiwilliger Betroffener beim Arbeitsamt bzw. AMS landete und bald meine Wunder erlebte, du und dein lieber Gatte ja auch mal, und ich lange als Lebens- und Sozialberater in diesem Bereich seinerzeit mein Praktikum ehrenamtlich abarbeitete, kenne ich mich nur allzu gut *«darin»* aus. Darum schmerzt es mich. Schon meine Grosseltern warnten: *«Urteile nicht unbedacht über andere, es kann dich selbst schneller treffen, als du glaubst!»* Die meisten der Betroffenen – von heute auf morgen in der Armut gelandet – sind unschuldig dazu gekommen und sollen dafür bestraft werden? So viele vergessen, jede und jeden kann es jederzeit *«erwischen»*; wie auch unsere Kinder und Kindeskinde. Und wären wir glücklich, wenn sie auf den Gleisen, bei Lebensgefahr, schufteten müssen?

Die *nüchterne* Wahrheit ist, es gibt viel zu wenig Arbeit – Tendenz weiter steigend! Auch wenn ich die derzeit knapp 50 000 offenen Stellen, die scheinbar keiner haben will (Warum wohl? Klar, das sind die beschissensten Jobs, vorwiegend Teilzeitjobs, so 25–30 Wochenstunden, womit du nicht überleben kannst!), also, wenn ich diese mal wegrechne, bleiben immer noch mehr als 500 000 Arbeitssuchende ohne Perspektive und Hoffnung. Da rede ich einmal nur von *«unseren Leuten»*, die Asylwerber noch gar nicht berücksichtigt! Viele Jobausschreibungen sind in Kooperation mit dem AMS getürkt und als solche nicht nachweisbar. Man lädt Leute zum Vorstellungsgespräch, obwohl man kein Personal braucht, und verschickt dann Wischwaschi-begründete Absagen. Viele Betriebe arbeiten mit AMS-gesponserten Arbeitskräften, das zahlen wir alle natürlich und das ist im Grunde genommen absurd bis pervers! Dann gibt's jede Menge Scheinfirmer, die sozialökonomischen Betriebe, die arbeitssuchende Menschen betreuen und mit ihnen die Zeit verplempern. Und die Zusammenarbeit mit Arbeitskräfteüberlassungsfirmer (Personalleasing), wo die Mitarbeiter keine soziale Absicherung geniessen und jederzeit freigestellt, bzw. zum AMS rückgestellt werden können! Der Pensionszugang vor dem Pensionsalter wurde massiv erschwert. Auch für gut und bestens ausgebildete Typen, Akademiker und Fachhochschulabsolventen (z.B. HTL, TGM) gibt's in Wirklichkeit keine Job-Garantie!



*Das leidige* Finanzproblem (Staatshaushalt) verursachen nicht die Leute «unten», sondern die Milliardenver-zocker «ganz oben» – Konzerne, die kaum Steuern zahlen, weil sie offshore registriert sind (Sitz in Auslands-Steuerparadiesen, da gibt's sogar welche ohne Abgabenverpflichtung); dann immer wieder Politiker mit ihren Traumgehältern, die Steuergeldmillionen mit vollen Händen verprassen und sich korrumpieren lassen. Euro-fighter, Hypo, AKH- und andere Grossprojektskandale, ich möchte ja gar nicht mehr von den «Alten» reden, wie Lucona, Noricum, usw. Wir kennen doch die hochdotierten Hauptakteure wie Maischberger, Kulterer, Hochegger, Rumpold, Mensdorff, Pouilly, Schlaff und übrige Konsorten, die weiterhin still in der Nebelzone des unermesslichen Berater-Abzock-Pools emsig arbeiten. Die würde ich bedenkenlos «Gleispolieren» schicken, glaube mir! Sicher nicht die, die mit Niedrigsteinkommen – Mindestsicherung und AMS-Bezüge – hoffnungslos dahinvegetieren müssen; zu denen zähle ich natürlich auch die ausgequetschten Alleinerzieher/innen mit Vollzeitlohn um die 1000.– Euro, die man aber noch weiterhin schröpfen und ihnen miesere Arbeitszeiten zumuten will! Der Missbrauch wie der Gestank ist immer Sache des Fischkopfes ...

V: (...) *Was auch ich* noch mal zum Thema Asylanten ergänzen (bzw. richtigstellen) möchte! Es liegt mir absolut fern, Menschen bei laufendem Bahnbetrieb auf ein Gleis zu schicken um dieses zu reinigen. Mir geht es lediglich darum, dass Asylanten, die noch nie in unserem Land was geleistet haben, so souverän unterstützt werden und unsereins sich die Füße wund laufen muss und nur Steine in den Weg gelegt kriegt, falls man mal in diese missliche Lage gerät! Ich bin sehr wohl für gerechte Verteilung der sozialen Unterstützung, aber nicht für diejenigen Flüchtlinge, die dann über uns herfallen, sodass wir um unser Leben bangen müssen. Ich weiss sehr wohl zu unterscheiden. Sorry, wenn's anders rüber kam, denn ich möchte nicht als bössartiger Mensch dastehen. Lgr.

R: *Liebe V*, (...) Das «Fremdenthema» ist nun mal brisant. Es ist ja schon klar, ich unterstelle niemand so schnell Böses und du, V, stehst auch nicht als bössartiger Mensch da, sondern ich gab nur zu bedenken und die Bemerkung «bei laufendem Bahnbetrieb» war meine bewusste Überzeichnung. Aber auch den Asylanten unterstelle ich keine Bössartigkeit. Sie sind das Opfer weltweiter Politik. Und diese Politikmacher sollten zur Verantwortung gezogen werden.

*Würden wir* aufhören Kriege zu unterstützen, oder die Länder wirtschaftlich vollkommen zu ruinieren, wären die «Fremden» zu Hause geblieben und würden sicherlich dort gerne was Sinnvolles leisten. Das ist Fakt! Auch wenn du sie hier zwangsbeschäftigst, nehmen sie wiederum anderen die Arbeit weg und sie wären die billigsten Arbeitskräfte! So geht das leidige Lohndumping weiter und die Konzerne freuen sich! Glaube mir, das wird so oder so schon von einigen in der Regierung überlegt! Wir stecken bereits mitten im Teufelskreis, wo ein schein-gelöstes Problem gleich mehrere aufwirft; ein gestopftes Loch in diesem schleissigen Gewebe reisst gleich daneben viele andere auf!

*Die Flüchtlinge* fielen nicht über uns her, sondern wurden «eingeladen» ... und wenn du ihnen alles an Sozialunterstützung streichst, dann kannst du garantiert nirgendwo mehr gefahrlos hingehen, dann ist hier Kriminalität total und am Ende Krieg ... Und abschieben in ihre Heimat? Ich schwöre dir, sie kommen wieder, wahr-scheinlich mehr von ihnen, und womöglich bewaffnet! Es ist zynisch zu sagen, sie sollen zurück in die Heimat deportiert werden. Eine Heimat, wo du keine Lebensperspektiven mehr hast, weil alles kaputt ist, ist keine Heimat mehr! Europa und seine ehemalige radikale Kolonialpolitik sind da nicht ganz unschuldig! Darum ist es wichtig, ein bisserl Ahnung über unsere Geschichte zu haben. Aussereuropäische Auffanglager zu forcieren ist der nächste Wahnsinn. Millionen auf diese verteilt? Das erinnert mich schon etwas an Konzentrationslager aus der Vergangenheit, denn es werden Flüchtlinge dort konzentriert, oder? Da schaffst du tickende Bomben für Gewalt und Krieg. Willst du, wollen wir das wirklich? Dass sich MigrantInnen aber unserer Kultur und Ver-haltensregeln in gewisser Weise anpassen müssen, ist schon klar!

*Liebe V*, es ist immer dieselbe Geschichte, und wir wollen scheinbar nicht daraus lernen! Gewalt auf der einen Seite schürt die Gewalt auf der anderen, bis es eskaliert! Wer will das? Meine Eltern erlebten es, wie es sich in Wien ziemlich ähnlich zuspitzte. Börsenkrach 1929, rund die Hälfte der Betriebe in Österreich gingen zugrunde. Viele flüchteten aus wirtschaftlichen Gründen nach Amerika, Skandinavien, in die Schweiz und anderswo. Ja, tausende Österreicher wurden zu «Wirtschaftsflüchtlingen»! Massenarmut und Hunger in Wien. Parteiterror und regimiekonforme «Säuberung». Internierungslager. Die «Kleinen» neideten sich untereinander das Wenige und verrieten sich gegenseitig, und dann? Die Rüstungsindustrie erblühte! Krieg. Städte in Schutt und Asche gelegt. Millionen Tote! Und die, die all das «am Reissbrett» inszeniert haben, gingen straffrei aus!

*Was hier passiert*, liebe V, passierte immer schon. Die «Kleinen» werden gegeneinander gehetzt. Es gibt nach wie vor keine bündelnde Solidarität zwischen all den NiedrigsteinkommenbezieherInnen. Die Grossen Übeltäter gehen frei aus; die, die nie etwas geleistet haben und durch Tricksereien und Korruption Millionen kassieren! All die «Bestrafungen» der Schwachen sind nicht die Lösung und diese Rechnung wird nie aufgehen und kann nur in Gewaltakte führen!

*Die Welt ist* heute ein Dorf geworden, viel zu viel und zu dicht vernetzt, nämlich wirtschaftlich! Hat indirekt was Gutes, weil dadurch die Völker gezwungen werden, sich solidarisch zu vernetzen. Wir sind alle voneinander abhängig, vorerst mal wirtschaftlich, nur profitieren bei weitem nicht alle davon, sondern ein paar ganz wenige, die damit stinkreich wurden und werden! Du kannst nicht mehr Mauern rundum aufziehen, die Zeiten sind vorbei! Niemand vermag Millionen Entrüstete aufzuhalten! Wir sind bereits gezwungen, weiter zu denken als nur bis zur «Haustür»! Ich habe, liebe V, da halt eine andere, eine globale Sichtweise und bin nur denen böse, die all das angezettelt haben!

Quelle: <http://npr.news.eulu.info/2017/03/12/fluechtlingsdebatte-angst-und-zorn-steigen/>

## Regierungspressekonferenz: Phänomen Desinformation

von *Noch.info* · 12/03/2017

Die geheimdienstlichen Parallelstrukturen zur NSA, welche die CIA in Frankfurt/M. aufgebaut hat, sind hochgradig kriminell und im Unterschied zur NSA höchstwahrscheinlich auch gar nicht durch geheime deutsch-amerikanische Staatsverträge gedeckt.

Auf internationaler Ebene und speziell für die deutsch-amerikanischen Beziehungen sind die jüngsten Enthüllungen von WikiLeaks von grosser politischer Brisanz. Es geht dabei um die geheimen Überwachungsstrukturen, welche die CIA seit Jahren auch im US-Konsulat in Frankfurt/M. betreibt und mit Hilfe derer sie in Deutschland, Europa, Nahost und Afrika gezielt Personen, Behörden und Institutionen mit elektronischen Mitteln ausspioniert.

Im Hinblick auf ihr gezieltes Vorgehen unterscheiden sich die CIA-Operationen von jenen der NSA, die flächendeckend wie ein riesiger Staubsauger alle Informationen aufsaugt, deren sie habhaft werden kann. Die gigantische Datenmenge muss dort auf der Suche nach brauchbaren Hinweisen erst auf der Grundlage ebenfalls gigantischer Computerleistungen und unter Nutzung aller möglichen Algorithmen durchgesiebt werden.

Wenn die jüngsten von WikiLeaks veröffentlichten Dokumente stimmen – und auf Grund der ausgebliebenen Dementis der jeweils betroffenen Regierungsstellen haben sie das offensichtlich immer getan –, dann sind die von der CIA in Frankfurt aufgebauten geheimdienstlichen Parallelstrukturen zur NSA hochgradig kriminell.

Auf den ersten Blick scheint die CIA zwar im Prinzip nichts anderes zu tun als das, was die NSA ebenfalls von deutschem Boden aus schon lange tut. Allerdings sind die NSA-Aktivitäten zumindest auf dem Wege einer Art Scheinlegalität abgesichert. Immerhin gibt es – wenn auch höchst dubiose – Abkommen zwischen der Bundesregierung und den USA über eine geheimdienstliche Kooperation.

In vielen Bereichen der Spionage gegen deutsche und EU-Bürger sowie Institutionen dient der deutsche Bundesnachrichtendienst BND der NSA sogar als eine Art Subunternehmer. Auch die Untätigkeit deutscher Strafverfolgungsbehörden bei Bekanntwerden kriminell anmutender Operationen der NSA spricht dafür, dass deren Spionageoperationen auf deutschem Boden durch undurchsichtige, zwischenstaatliche Geheimabkommen halbwegs gedeckt sind.

### Sogar der Generalbundesanwalt wurde hellhörig

Dagegen ist im Fall der CIA-Umtriebe davon auszugehen, dass die in Frankfurt erst in jüngerer Zeit aufgebauten Parallelstrukturen zur NSA weder durch die alten noch durch deutsch-amerikanische Verträge jüngeren Datums gedeckt sind. Seit über einem Jahrzehnt hat die Empörung der Öffentlichkeit über die US-Spionageaktivitäten in und gegen Deutschland auch stark zugenommen und sie wird auch von vielen Mitgliedern des Bundestags, selbst aus den Regierungsparteien, geteilt.

Vor diesem Hintergrund ist es schwer vorstellbar, dass die Bundesregierung dennoch der CIA klammheimlich erlaubt hätte, in Eigenregie, parallel zur NSA und ohne Kontrolle durch die Deutschen, eigene Cyberstrukturen aufzubauen. Und wenn das dennoch geschehen ist, dann wäre das ein riesiger Skandal. Nicht nur, weil es eine unverschämte Missachtung ausdrücklicher Willensäusserungen der breiten Masse des Volkes und der Abgeordneten wäre, sondern auch ein eklatanter Verstoss gegen die Interessen deutscher Bürger und Unternehmen.

Als Anzeichen, dass die Frankfurter CIA-Operationen womöglich nicht legal sind, kann man nicht zuletzt die Reaktion des Generalbundesanwalts in Karlsruhe auf die WikiLeaks-Veröffentlichung deuten. Urplötzlich war er aus seinem permanenten Winterschlaf aufgeschreckt, in den er sonst sofort verfiel, wenn von NSA-Ausspähaktionen gegen deutsche Bürger und Unternehmen die Rede war.

### Ströbele verlangt Schritte der Bundesregierung

Nicht einmal Obamas NSA-Abhöraktion gegen das Mobiltelefon von Kanzlerin Merkel hatte ihn aus der Ruhe zu bringen vermocht. Diesmal scheint der Fall jedoch anders zu liegen. Bereits einen Tag nach der WikiLeaks-Bekanntgabe wurde er aktiv. Gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters erklärte ein Sprecher der Bundesanwaltschaft, man werde die Sache prüfen und wenn man Anhaltspunkte für konkrete strafbare Handlungen oder Täter finde, würden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Derweil hat der Geheimdienstexperte der Grünen, MdB Hans-Christian Ströbele, ein kompromissloses Durchgreifen der Bundesregierung verlangt. Merkel habe offensichtlich aus der NSA-Affäre nichts gelernt. In einem Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung sprach der Politiker von strafbaren Handlungen und verlangt Konsequenzen. In einem Gespräch mit der Neuen Osnabrücker Zeitung verlangte Ströbele ein entschiedenes Vorgehen gegen US-Spione in Deutschland: Die Regierung muss deutlich machen, dass bestimmte Geheimdienst-Mitarbeiter, die an der Spionage beteiligt sind, hier nichts zu suchen haben.

Laut Ströbele handelt es sich um strafbare Handlungen, wenn von Deutschland aus ein US-Spionagezentrum betrieben wird, das Privat- und Geschäftsleute ausspioniert. Er fügte hinzu: «Das sind geheimdienstliche Aktivitäten für eine fremde Macht, darauf steht eine hohe Freiheitsstrafe.»

Mit dieser Aussage scheint er all jene gewarnt zu haben, die in deutschen Behörden der CIA bei deren kriminellen Operationen assistiert haben. Daher ist es von höchster Wichtigkeit, schnellstmöglich festzustellen, ob die CIA-Strukturen in Frankfurt mit oder ohne Wissen der Bundesregierung aufgebaut und betrieben wurden und werden. Ohne Wissen der Bundesregierung und ohne entsprechende vertragliche Absicherung wären alle gegen Deutschland und die EU gerichteten CIA-Operationen aus dem Konsulat in Frankfurt kriminell.

Sollte die Bundesregierung jedoch darüber Bescheid gewusst haben, wird aus der Geschichte eine politische Schweinerei sondergleichen, die an die Öffentlichkeit müsste, egal, welche Auswirkungen sie auf die Entscheidungen der Wähler bei der kommenden Bundestagswahl hätte.

Quelle: <http://noch.info/2017/03/regierungspressekonferenz-phaenomen-desinformation-video/>

## Deutschland, Schlaraffenland – Warum der Untergang Europas unaufhaltsam voranschreitet

Von Gastautor Jürgen Fritz, Aktualisiert: 8. März 2017 14:57

Europa wird derzeit von einer Migrationswelle von präzedenzlosem Umfang überschwemmt. Millionen machen sich auf, um ins gelobte Land zu gelangen. Ein Ausbau des Sozialstaats bei gleichzeitiger Öffnung der Grenzen für Immigranten ist, als drehe man die Heizung auf und öffne gleichzeitig die Fenster. Gastautor Jürgen Fritz über Rolf Peter Sieferles letzte Schrift: «Deutschland, Schlaraffenland – Auf dem Weg in die multitribale Gesellschaft».

**Eine Gesellschaft, die nicht mehr fähig ist zur Unterscheidung zwischen sich selbst und sie auflösenden Kräften, lebt moralisch über ihre Verhältnisse und wird unweigerlich untergehen.**

Als Vermächtnis hinterliess der grosse Gelehrte, Zivilisationskritiker und Regierungsberater Rolf Peter Sieferle zwei Manuskripte, die nun im Februar 2017 als Bücher erschienen sind: «*Finis Germania*» und «*Das Migrationsproblem: Über die Unvereinbarkeit von Sozialstaat und Masseneinwanderung*». Ein Jahr zuvor hatte Sieferle bereits einen fulminanten Essay veröffentlicht, den letzten vor seinem Freitod im September letzten Jahres, unter dem Titel «*Deutschland, Schlaraffenland – Auf dem Weg in die multitribale Gesellschaft*». Einen besseren, tiefgründigeren Text eines Historikers gelesen zu haben, kann ich mich nicht erinnern.

### Europas Sondersituation

Europa werde derzeit von einer Migrationswelle von präzedenzlosem Umfang überschwemmt, so Sieferle in seinem letzten Essay. Millionen machten sich auf, um in das gelobte Land zu gelangen. Die Bevölkerung Afrikas, aktuell über eine Milliarde, wachse jährlich um etwa 3 Prozent, also um über 30 Millionen Menschen. Einige Millionen davon machten sich jährlich auf den Weg in ein erhofftes besseres Leben. Selbst wenn es nur 10 Prozent des Zuwachses seien (nicht einmal 0,3 Prozent der Bevölkerung Afrikas), so wären dies 3 Millionen im Jahr.

**Rechnen wir das hoch, so kommen wir in 30 Jahren, innerhalb von nur einer Generation, auf circa 100 Millionen Immigranten nur aus Afrika, bei nicht einmal 0,3 Prozent Emigration pro Jahr!**

Hinzu kämen Migrationen aus den Bürgerkriegsgebieten des **Nahen Ostens**. Allein in Libyen sollen etwa eine Million Migranten darauf warten, einen Platz in einem der Boote zu finden, die sie auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer bringen.

Europa befinde sich in dieser Hinsicht in einer **besonderen** Situation, was mit seiner **geographischen Lage** zu tun habe, macht Siefertle deutlich. In Europa sei es im Gegensatz zu den USA physisch praktisch unmöglich, die Aussengrenzen abzuschirmen, weil diese viel grösser seien als die relative kurze Grenze zwischen USA und Mexiko. Hinzu komme, dass sich gerade in den Grenzgebieten in Nordafrika und im Nahen Osten immer mehr unberechenbare Staaten fänden, auf deren Kooperation nicht gebaut werden könne.

**Andere Industrieländer** wie Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland befänden sich so weit von möglichen Herkunftsorten entfernt, dass die Anreise von «boat people» sehr riskant und relativ leicht zu kontrollieren sei. Länder wie China oder Russland seien schwer zu erreichen und bildeten (noch) keine attraktiven Ziele. Es bleibe also Europa als der Raum, in dem der stärkste Einwanderungsdruck zu erwarten sei. Die Europäer stünden daher vor einer **Völkerwanderung vergleichbar mit der in der Spätantike**, die, wie der Althistoriker Alexander Demandt eindrucksvoll aufzeigt, zum Untergang des römischen Reichs geführt hat.

### Was zeichnet Europa und speziell Deutschland aus und macht es so attraktiv?

Weshalb aber wollen so viele Menschen in Länder wie Deutschland einwandern, fragt Siefertle weiter. Die Gründe dafür lägen auf der Hand:

**In Deutschland herrschten 1. Wohlstand und 2. Sicherheit. Es gebe einen funktionierenden Rechtsstaat, es drohten keine Kriege oder Bürgerkriege, keine Seuchen, das Gesundheitssystem sei exzellent und gratis, die Arbeitslosigkeit gering, die sozialen Netze seien üppig ausgebaut. Im Grunde handle es sich um eine Art Schlaraffenland.**

Weshalb seien die Verhältnisse in Deutschland aber so viel besser als etwa im Irak? Das sei schliesslich nicht immer so gewesen. Noch vor tausend Jahren habe dies völlig anders ausgesehen. Und vor dreitausend Jahren seien Lebensstandard und zivilisatorisches Niveau in Europa zweifellos niedriger gewesen als in Mesopotamien. Hier habe sich also in den letzten Jahrtausenden etwas drastisch geändert und es stelle sich die Frage, was es war. Wie ist es Europa gelungen, aus den agrarischen Zivilisationen auszubrechen und einen neuen Typus von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft hervorzubringen, der Wohlstand und Sicherheit für alle miteinander kombiniere? **Siefertle nennt drei Faktorenkomplexe, die den Weg Europas in die rechtsstaatlich konstituierte Industriegesellschaft, in «die Moderne» verursacht haben: 1. technisch-industrielle, 2. kulturell-mentale und 3. politisch-institutionelle Ursachen.**

Die **Entwicklung zur Industriegesellschaft** sei unstrittig von Europa ausgegangen, doch habe sie Nachahmer gefunden a) in den **neo-europäischen Kolonien** (USA, Kanada, Australien, Neuseeland), die das europäische Muster problemlos übernahmen, und b) in **Asien**: In Japan, Südkorea und Taiwan. Vermutlich würden früher oder später auch Festlandchina und Indien dazukommen. Diese Länder hätten keine autochthone Industrialisierung hervorgebracht, doch sei es ihnen in relativ kurzer Zeit gelungen, auf den Zug aufzuspringen.

### Wieso können nicht alle das Erfolgsmuster übernehmen?

Andere Länder seien **weniger erfolgreich**, obwohl sie den europäischen Sonderweg aus nächster Nähe beobachten konnten: Vor allem **Russland**, das seit dreihundert Jahren versuche, mit Europa Schritt zu halten, und das doch immer wieder in die alte Misere zurückfalle. Ähnlich verhalte es sich mit dem **Osmanischen Reich**, von dem nur eine einzige Provinz wirklich erfolgreich war, nämlich Palästina/Israel. Dies aber nur infolge der zionistischen Einwanderung aus Europa. (Hier haben wir bereits einen ersten Hinweis, dass es in erster Linie mit mentalen Gegebenheiten zu tun haben könnte.)

Eine **erfolgreiche Industrialisierung** beruhe also offenbar auf bestimmten historischen, vor allem kulturellen und institutionellen Voraussetzungen, die nicht leicht zu imitieren seien. Die Menschen lebten gerne im **Schlaraffenland**. Deshalb dränge es sie zur Migration in die Industrieländer, denn irgendetwas hindere sie daran, dieses Schlaraffenland bei sich zuhause zu errichten. Offenbar sei die **Immigration in ein bereits existierendes Schlaraffenland leichter als der Aufbau eines solchen im eigenen Land**.

Weshalb aber ist das so? Nach Siefertle sei es ein hoch unwahrscheinlicher Prozess, der in den europäischen Ländern über Jahrhunderte hinweg Mentalitäten und Institutionen geschaffen hat, deren Ergebnisse wir heute vor uns haben. Dieses Erfolgsmuster könne nicht ohne weiteres kopiert werden.

**Transfer von Technologie sei leicht, Transfer von Institutionen aber schwer. Transfer von kulturell-mentalenen Mustern sei praktisch unmöglich.**



### Die Entstehung des Nationalstaats als Entwicklungsmotor

Die vielleicht wichtigste Voraussetzung der europäischen Entwicklung war die Zerschlagung von tribalen Strukturen durch die Staaten der frühen Neuzeit. Dies war eine elementare Vorbedingung des **Nationalstaates**, der zum institutionellen Zentrum der Industrialisierung im 19. Jahrhundert wurde. Er zielte auf die Herstellung einer homogenen Einheit von Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt, die sich von anderen Einheiten (Staaten) unterscheidet und abgrenzt. Der Nationalstaat löste die Herrschaft der Stämme, Clans, Grossfamilien, Personenverbände und Klientelsysteme aller Art auf.

**Nationalstaat als Rechtsstaat bedeutete: Gleiches Recht für alle innerhalb des Staatsgebietes. Und es bedeutete ein staatliches Gewaltmonopol mit Polizei und Armee.**

Dieser Nationalstaat **vereinheitlichte die Infrastruktur**: Geld, Recht (Zivilprozess statt Fehde), Sprache, Verwaltung, Verkehrswesen, Staatsangehörigkeit. Um diese Leistungen erbringen zu können, musste eine zentrale, von oben nach unten durchstrukturierte Verwaltung errichtet werden, die den Ansprüchen bürokratischer Rationalität genügte (gegen Korruption und Klientelwesen).

Der Nationalstaat definierte als Identitätseinheit des Staates das **Staatsvolk**. Im 18. Jahrhundert gab es zwar kaum ethnisch homogene «Nationen». Dennoch gewann dieses Konzept eine erstaunliche Anziehungskraft. Diese Ideologie tendierte dazu, dem Nationalstaat quasitribale Züge zuzuschreiben. Der nationalistisch geprägte Nationalstaat verstand sich als Vertreter einer Abstammungseinheit, und er forderte von seinen Mitgliedern eine umfassende Loyalität, wie man sie sonst nur in Stammesgesellschaften kannte. Der Konflikt mit anderen Nationalstaaten nahm daher leicht totale Züge an. Die daraus resultierenden Exzesse fanden vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts statt.

### Die Diskreditierung des Nationalstaats

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sei aufgrund dieser Exzesse die Ideologie des Nationalismus unter den Eliten der fortgeschrittenen Länder anrücklich geworden. Hier habe daher eine ideologische Verschiebung vom völkischen zum demokratischen Akzent des Volkes stattgefunden. Damit aber sei der **Volksbegriff** zunehmend universalistisch begründet worden, obschon die Völker de facto nach wie vor innerhalb exklusiver (ausschliessender), nichtuniversalistischer Nationalstaaten organisiert seien. Der Nationalstaat stehe heute daher vor dem Problem, dass seine primäre Legitimation, der Nationalismus, obsolet geworden, seine sekundäre Legitimation, der demokratische, humanitäre Universalismus, aber mit seiner exklusiven Organisationsform nicht kompatibel sei. Wenn Volk A, B und C alle gleich sein sollen, weshalb soll es dann noch Grenzen zwischen ihnen geben?

### Warum der Sozialstaat nur als Nationalstaat möglich ist

Besonders brisant werde diese Problematik, wenn es um den **Sozialstaat** gehe. In den europäischen Agrargesellschaften hatten die Gemeinden bestimmte Aufgaben der Daseinsvorsorge für ihre Mitglieder übernommen, die von den Familien nicht erbracht werden konnten, vor allem Armenpflege und Unterstützung in Notfällen. Mit der Industrialisierung sei die Mitgliedschaft in einer Gemeinde zum Mobilitätshindernis und damit obsolet geworden. Die Gemeindebürgerschaft sei so zur Staatsbürgerschaft ausgeweitet worden. Der Nationalstaat sei aber in grösserem Massstab ebenso exklusiv gewesen wie die Bürgergemeinde. Die Leistungen des Sozialstaates seien seit dem späten 19. Jahrhundert immer weiter ausgedehnt worden, kamen aber immer nur den eigenen Staatsbürgern zugute.

**In diesem Sinne war der Sozialstaat immer exklusiv nach aussen, aber inklusiv (alle einschliessend) nach innen.** Eben diese Relation von Ausschliessung und Einschliessung definiere aber das problematische Wesen des (nationalen) Sozialstaats. Dieser stehe heute nach dem Plausibilitätsverlust des Nationalismus vor dem Problem, dass er praktisch nur als Nationalstaat möglich ist, dass seine daseinsvorsorgende Inklusivität also de facto auf Exklusion, auf Ausschliessung beruhe. Die offizielle Ideologie, mit deren Hilfe die Umverteilung im Sozialstaat begründet wird (aus Motiven der Gleichheit und Gerechtigkeit), sei jedoch universalistisch angelegt.

Wenn der Sozialstaat seine Programme der sogenannten «sozialen Gerechtigkeit» aber aus dem humanitären Universalismus begründet (Menschenrechte), kann der Verwirklichungsraum dieser Gerechtigkeitsprogramme schwerlich der ausschliessende Nationalstaat sein. Der Umverteilungssozialismus müsste sich nach dieser Logik als universalistische Ideologie auf den Weltstaat beziehen. Dieser existiere aber in der Realität nicht. Ergo müsse der Sozialstaat sich nach dieser Logik für jede Zuwanderung in die Sozialsysteme öffnen. Das Ergebnis wäre natürlich die Zerstörung des Sozialstaats, nicht aber dessen Universalisierung. Ein Ausbau des Sozialstaats bei gleichzeitiger Öffnung der Grenzen für Immigranten wäre zweifellos nicht nachhaltig.

Es sei so, als drehe man die Heizung auf und öffne gleichzeitig die Fenster.

Eine Reaktion auf diese Unmöglichkeit könne darin bestehen, dass man dies als Anlass nehme, den Sozialstaat abzubauen. Dies wäre eine konsequente **liberale Lösung**. Der Staat müsste sich auf seinen rechtsstaatlichen Kern zurückziehen und soziale Interventionen völlig unterlassen, wie dies etwa in den USA im 19. Jahrhundert während der Masseneinwanderung aus Europa der Fall war. Dies läge allerdings nicht im Interesse der Unterschichten in den Sozialstaaten, die gegen eine solche Entwicklung populistischen Widerstand leisten würden.

### Wie Masseneinmigration das kulturelle Kapital zerstört

Somit stelle sich also die generelle Frage, was die Immigration von Menschen aus gescheiterten bzw. nicht entwicklungsfähigen Staaten in den Zielländern anrichte. **Importieren sie ihr Scheitern in diese Gesellschaften?** Zerstören sie dort die kulturellen und institutionellen Voraussetzungen der Industrialisierung, die sie in ihren Herkunftsländern nicht besaßen und nicht hervorbringen konnten?

Diejenigen, die heute von **bunter Vielfalt** sprechen, meinen, dass die Frage nach der historischen Entstehung der Industriegesellschaft nicht identisch sei mit der Frage nach den Bedingungen, unter denen eine Industriegesellschaft, die bereits existiert, weiterhin existieren kann. Das Schlaraffenland sei kulturell strapazierbar und eben darauf setzen sie.

**Aus schlichter ökonomischer Perspektive** werde die Einwanderung nach Deutschland heute ebenfalls begrüßt, da man sich von ihr eine Vergrößerung des Arbeitskräftepotentials verspreche. Damit könne man die extrem negative demographische Entwicklung ausgleichen, so die Hoffnung. Siefertle macht aber deutlich, dass dies eine stark verkürzte **vulgärökonomische Argumentation** ist, für die nur Kapitalressourcen und Arbeitskräfte eine Rolle spielen. Betrachte man das Ganze umfassender und nehme auch soziales und kulturelles Kapital ins Visier, also immaterielle Faktoren, die zum Wohlstand beitragen, sehe die Sache völlig anders aus.

Dieses kulturelle Kapital beruhe auf Überlieferung sowie auf der Eindeutigkeit der Gruppenzugehörigkeit. In das Paket des kulturellen Kapitals, das für eine funktionierende demokratische, aufgeklärte und wirtschaftlich erfolgreiche Gesellschaft charakteristisch ist, gehörten etwa die folgenden Elemente:

**Rechtsstaatlichkeit, Fairplay, Rechte des Individuums, Beschränkung der Staatsgewalt, Verbindung von Individualismus und Gemeinwohlorientierung, Meinungsfreiheit (inklusive Religionsfreiheit), Arbeitsethos, Orientierung am Fortschritt, Ausbildung von Vertrauen, Wertschätzung von Bildung und Erziehung.** Diese **Kombination bilde das kulturelle Erfolgsgeheimnis der erfolgreichen Länder.**

Ein wichtiges, wenn nicht das entscheidende Element des kulturellen Kapitals sei aber das **Vertrauen**. Es gebe, wie empirische Vergleiche verschiedener Länder zeigen, eine enge Korrelation zwischen dem Ausmass von Vertrauen und der ökonomischen Effizienz.

**Das Mass des Vertrauens ist ein Mass der Zivilisiertheit und Leistungsfähigkeit.**

Im Jahr 2000 beantworteten 67 Prozent der Dänen und 66 Prozent der Schweden die Frage, ob man den meisten Menschen vertrauen könne, mit ja, aber nur 3 Prozent der Brasilianer.

Kooperationsbereitschaft und Vertrauen erleichterten den gesellschaftlichen Umgang. **Kulturelles Kapital** werde durch Tradierung übertragen. Eine Kultur sei zwar niemals homogen. Nicht alle Menschen, die einem Volk angehören, teilten sämtliche kulturellen Merkmale. Umgekehrt sei es immer in einem gewissen Umfang möglich, fremde Menschen zu assimilieren, d.h. mit dem kulturellen Kapital ihrer neuen Gesellschaft auszustatten, was auch als Integration verstanden werden könne. Allerdings gebe es hierfür Grenzen.

**Je grösser die Zahl von Immigranten sei und je rascher sie immigrieren, desto geringer sei die Chance der Assimilation.**

### Folgen der Zerstörung des kulturellen Kapitals

Es besteht dann die **Gefahr**, dass die durch Immigration entstehende **multikulturelle Gesellschaft kulturelles Kapital vernichtet**, mit dem Effekt, dass sich die ethnisch und kulturell recht homogenen Industrieländer in multitribale Gesellschaften transformieren. In solchen Gesellschaften würden mit hoher Wahrscheinlichkeit wichtige institutionelle und mental-kulturelle Voraussetzungen einer funktionierenden Industriestruktur zerstört. Die Basis, die alles zusammenhalte, das gegenseitige Vertrauen, verschwände. An die Stelle des Rechtsstaats mit seinem Gewaltmonopol trete dann wieder das Fehderecht.

Wenn Konflikte auftreten, versuche man zunächst, diese innerhalb des eigenen Stammes-Rahmens zu lösen, eventuell durch Mobilisierung durchsetzungsstarker Verbündeter. Wenn dieser Prozess einmal in Gang gekommen sei (und erste Ansätze dazu liessen sich in zahlreichen europäischen Grossstädten beobachten), könne er sich leicht selbst verstärken und eine Eigendynamik entwickeln. Dann könnten sich immer mehr tribale

Gruppen bilden, mit eigenem Steuersystem (Schutzgeld) und eigener Entscheidungskompetenz. Diese Gruppen träten zunächst in Konkurrenz zu dem überkommenen Rechtsstaat und seinen Polizeikräften. Am Ende werde dem Staat aber nichts anderes übrigbleiben, als sich selbst nur noch als Stamm unter Stämmen zu verhalten. Für diejenigen Bürger, die keinem spezifischen Stamm mehr angehören, sondern auf den Rechtsstaat gesetzt hatten, werde dies fatal.

Wenn eine solche Bewegung in Gang kommen sollte, so hätten wir einen **evolutionären Prozess der Selbstzerstörung** einer Industriegesellschaft vor uns: Eine bestimmte kulturelle Konstellation habe historisch erfolgreich die Industrialisierung und Moderne erzeugt, habe dabei aber normative Merkmale des humanitären Universalismus entwickelt, so dass es nicht mehr möglich sei, den Zuzug von Angehörigen fremder Kulturen zu regeln bzw. zu unterbinden.

**Eine solche Gesellschaft, die nicht mehr zur Unterscheidung zwischen sich selbst und sie auflösenden Kräften fähig sei, lebe moralisch über ihre Verhältnisse. Sie sei in normativem Sinne nicht nachhaltig. Durch Relativierung zerstöre sie schliesslich ihre kulturelle Identität, die Voraussetzung ihrer Leistungsfähigkeit. Damit setze sie sich selbst ein Ende.**

### Die tiefere Ursache für die Selbstzerstörung

Die europäischen Gesellschaften seien vom Grundgedanken des **Egalitarismus** (der wie ein Fetisch angebetet wird, jf) regelrecht besessen. Diese Ideologie produziere die Utopie der totalen materiellen Gleichheit. Ungleichheiten würden dagegen als unnatürlich empfunden. Aus dieser Perspektive eines universalistisch-egalitären Programms sei jede reale Ungleichheit schlechthin unerträglich. Die Konfrontation mit Leid, Armut, Unterdrückung, Elend und enttäuschten Hoffnungen löse daher Hilfsreflexe aus, von denen der einfachste (und gesinnungsethischste) laute: «Refugees welcome», also Aufnahme von jedem und allen in Europa, mit Zugang zum gesamten Leistungspaket des Sozialstaats. Dieser Reflex durchdringe grosse Teile der Gesellschaft in den Wohlstandszonen.

Die Realpolitiker und Verwaltungen, die mit dem konkreten Vollzug der Hilfe zu tun haben, stünden dann ebenso vor einem Problem wie die Teile der Bevölkerung, die in der Massenimmigration die Gefahr einer Unterminierung der vertrauten sozialen und politischen Ordnung erblicken. Medial würden sie angegriffen und mit dem radikalen Gegenbegriff zum Egalitarismus, dem **Rassismus**, bedacht, der seit dem Nationalsozialismus natürlich extrem negativ konnotiert und völlig unzutreffend sei, da hier ja ethnisch-kulturelle und keine rassischen Differenzen angesprochen würden. Viele Zeitgenossen duckten sich daher lieber weg, hielten den Mund und hofften, dass der Kelch irgendwie an ihnen vorüberginge.

Ist es wirklich möglich, fragt Sieferle, dass eine Gesellschaft sich durch solche Prozesse der ideologischen Verwirrung selbst zerstört? Ja, meint er. Denn Kulturen und Ideologien seien enorm machtvolle Kräfte.

**Menschen sprengten sich für Allah in die Luft. Warum sollten sie nicht eine Sozialordnung zerstören, die sie ebenso wenig verstehen, wie sie diese lieben?**

Der **Sozialstaat** werde von den meisten Menschen als selbstverständlich angesehen, ebenso wie der Rechtsstaat. Dass beide dies nicht sind, sondern auf **sehr fragilen** und unwahrscheinlichen Grundlagen beruhen, werde man erst begreifen, wenn sie verschwunden seien, d.h. wenn eine neue multirituale Struktur sie verdrängt habe. Vielleicht sei der Untergang Europas dann ein Lehrstück für andere industrialisierte Zivilisationen (wie China), und vielleicht würden die letzten Europäer in Übersee Zuflucht suchen.

### Der Blick aus universalgeschichtlicher Perspektive

Abschliessend betrachtet Sieferle diesen Vorgang aus kühler **universalgeschichtlicher Perspektive**. Vor mehr als 60 000 Jahren hätten die Menschen Afrika verlassen und sich allmählich über die ganze Erde ausgebreitet. Es bildeten sich zahlreiche separate Völker mit eigenen Kulturen, die zum Teil über sehr lange Zeiträume hinweg keinerlei Kontakt miteinander gehabt hätten. Dieser Trend habe vor etwa 5000 Jahren eine erste Umkehr erfahren, als die agrarischen Zivilisationen begannen, grössere Reiche zu bilden und Fernhandel zu treiben.

Vor 500 Jahren sei dies durch die europäischen Seefahrer noch einmal drastisch beschleunigt worden und seit etwa 200 Jahren stünden im Prinzip alle Menschen miteinander in Kontakt. Der Prozess der **Globalisierung**, der seit wenigen Jahrzehnten in Gang sei, habe die Mobilität von Informationen, Gütern und auch Menschen noch einmal enorm ausgeweitet.

**Dieser Prozess der Universalisierung und Globalisierung sei wohl unvermeidlich, und die Völker, die die Geschichte der letzten Jahrtausende geprägt haben, würden letztlich von ihm verschlungen werden.**

Viele Deutsche, so macht Sieferle deutlich, möchten heute gerne als Volk verschwinden, sich in Europa oder in der Menschheit auflösen. Harmonisch werde dies alles nicht abgehen, zumal einzelne Kulturen versuchen

würden, bei dieser Gelegenheit ihre tradierten Muster universell durchzusetzen, sei es in Gestalt der westlichen Menschenrechte, sei es in Gestalt des islamischen Dschihad oder was auch immer. Die Immigrationskrise, in der wir uns aktuell befänden, sei daher vielleicht nur der Vorbote umfassenderer Konvulsionen, in denen alles untergehen werde, was uns heute noch selbstverständlich scheine.

*Über den Autor: Jürgen Fritz studierte in Heidelberg Philosophie, Erziehungswissenschaft, Mathematik, Physik und Geschichte (Lehramt). Nach dem zweiten Staatsexamen absolvierte er eine zusätzliche Ausbildung zum Financial Consultant unter anderem an der heutigen MLP Corporate University. Er ist seit Jahren als freier Autor tätig. 2007 erschien seine preisgekrönte philosophische Abhandlung ›Das Kartenhaus der Erkenntnis – Warum wir Gründe brauchen und weshalb wir glauben müssen‹ als Buch, 2012 in zweiter Auflage. Sein Blog: <https://juergenfritzphil.wordpress.com/>*

*Dieser Beitrag stellt ausschliesslich die Meinung des Verfassers dar. Er muss nicht zwangsläufig die Meinung des Verlags oder die Meinung anderer Autoren dieser Seiten wiedergeben.*

*Quelle: <http://www.epochtimes.de/wissen/gesellschaft/deutschland-schlaraffenland-warum-der-untergang-europas-unaufhalt-sam-voranschreitet-a2065127.html>*

## Der Staat will wissen, wo die Deutschen sind – Elektronische Änderungen im Personalausweisgesetz

Von Kathrin Sumpf; Aktualisiert: 13. März 2017 9:09

Künftig soll im Personalausweis die elektronische Identifikationsnummer dauerhaft und automatisch eingeschaltet sein, ausserdem sollen Geheimdienste vollautomatisch auf biometrische Passbilder zugreifen können. Das sieht ein neuer Gesetzesentwurf zum Personalausweisgesetz vor.



*Künftig sollen die elektronischen Funktionen des Personalausweises mehr genutzt werden:  
Er soll dauerhaft aktiviert sein und die Geheimdienste sollen vollautomatischen Zugriff  
auf biometrische Passbilder bekommen.*

*Foto: Sean Gallup/Getty Images*

Deutschen Geheimdiensten soll der vollautomatisierte Zugriff auf Passbilder aller Bürger erlaubt werden – ohne dass ein Anlass dazu vorliegen muss. Dieser Vollzugriff ist in einem Entwurf zum ›Gesetz zur Förderung des elektronischen Identitätsnachweises‹ versteckt, über das der Bundestag in dieser Woche beraten hat.

So ist vorgesehen, den § 25 des Personalausweisgesetzes zu ändern: «Die Polizeien des Bundes und der Länder, das Bundesamt für Verfassungsschutz, der Militärische Abschirmdienst, der Bundesnachrichtendienst sowie die Verfassungsschutzbehörden der Länder dürfen das Lichtbild zur Erfüllung ihrer Aufgaben im automatisierten Verfahren abrufen.»

Netzpolitik.org weist darauf hin, dass Wolfgang Schäuble 2007 die automatisierte Passbildabfrage für Polizeibehörden durchgesetzt hat. Ein derartiger automatisierter Passbildabruf beruht auf einer zentralen Datenbank, jedoch ist eine solche eigentlich lt. § 26 des Personalausweisgesetzes nicht erlaubt: «Eine bundesweite Datenbank der biometrischen Merkmale wird nicht errichtet.»

### Künftig soll die eID im Ausweis dauerhaft und automatisch eingeschaltet sein

CDU, CSU und SPD haben für die laufende Legislaturperiode vor, die Identifizierungsfunktion des Personalausweises zur Nutzung elektronischer Behördendienste voranzubringen. Dabei soll die Nutzung des Personalausweises vereinfacht und seine (elektronischen) Anwendungen erweitert werden.

Bei zwei Dritteln der ca. 51 Millionen ausgegebenen Ausweise ist die elektronische Identifikationsnummer eID



deaktiviert. Künftig soll diese automatisch und dauerhaft eingeschaltet sein (§ 18 des Personalausweisgesetzes in der Entwurfsfassung). Es soll ausserdem verhindert werden, dass diese deaktiviert werden kann.

Nach §§ 18a und 21a Personalausweisgesetz können autorisierte Stellen die Ausweisdaten künftig auch ohne Eingabe der Geheimnummer des Nutzers auslesen. Die elektronische Identifikationsnummer soll dazu dienen, dass sich die Menschen gegenüber Behörden im Internet ausweisen können.

Unternehmen und Behörden zögern mit der Anwendung, da das Verfahren zur Beantragung der Nutzung der eID aufwendig ist. Das Regierungsprogramm «Digitale Verwaltung 2020» soll diesem Mangel abhelfen und gezielt gesetzliche Hürden abbauen.

### Mögliche Folgen

Wenn der Personalausweis ständig «On», d.h. elektronisch aktiviert ist, können vermutlich auch andere Stellen, die Interesse an Daten haben, unbeobachtet darauf zugreifen. Es wird somit leicht überprüfbar, wer sich wo befindet. Zum anderen kann der Ausweis von Behörden (und wohl nicht nur von diesen) deaktiviert werden – was den Menschen zur Un-Person macht, die sich nicht mehr ausweisen kann.

Ist der vollautomatisierte Zugriff auf das biometrische Passbild durch die Geheimdienste möglich, wird jede Videokamera nicht nur das Gesicht aufzeichnen, sondern auch in recht kurzer Frist wissen, wer derjenige ist. Es bleibt zu hoffen, dass dies nicht nur auf deutsche Personalausweise zutrifft.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/wissen/der-staat-will-wissen-wo-die-deutschen-sind-elektronische-aenderungen-im-personalausweisgesetz-a2068388.html>



In 48 Stunden wird die Welt vielleicht etwas anders aussehen. Was in den kommenden zwei Tagen geschehen wird, dürfte Folgen für die globalen Märkte und die (deutsche) Politik haben. Ausserdem könnte Europa sein Gesicht verändern und eine Weltmacht pleitegehen, wie die «Welt» am Dienstag schreibt.

### Brexit beginnt nun wirklich ernsthaft

Grossbritannien hatte im Juni 2016 bei einem Referendum dafür gestimmt, die Europäische Union zu verlassen. Jetzt – über ein halbes Jahr später – geht es wirklich los. Vor wenigen Stunden hat das britische Parlament das Brexit-Gesetz verabschiedet, mit dem die Regierung den EU-Austritt offiziell einleiten kann. Experten zufolge wird die Regierungschefin Theresa May die Scheidungsverhandlungen aber erst Ende März starten.

### Wahlen in den Niederlanden

Die Abstimmung in den Niederlanden sei «der Auftakt zum europäischen Superwahljahr», schreibt das Blatt. Das Ergebnis bestimme den Ton für die kommenden Monate. Auch wenn der amtierende Regierungschef Mark Rutte in den Umfragen zuletzt wieder leicht vorne gelegen habe, profitiere wohl der Vorsitzende der Partei für die Freiheit (PVV), Geert Wilders, jetzt vom offenen Streit mit Ankara.

Und auch wenn Wilders letztlich vielleicht doch keine Chance auf eine Regierungsmehrheit habe, fürchte man in der EU den Dominoeffekt: Gewinne der PVV-Chef nämlich die meisten Stimmen in einem Land, das zu den Gründungsmitgliedern der EU zählt, «macht er den rechten Rand nun salonfähig», so die «Welt».

### Fed erhöht Zinsen

Am Mittwochabend, um 19 Uhr MEZ, wird Fed-Chefin Janet Yellen laut der Zeitung die Zinsen anheben. Grund: «Der Schmierstoff der globalen Ökonomie ist billiges Geld.» Wenn die wichtigste Notenbank der Welt den Preis für die wichtigste Währung der Welt erhöhe, seien Nebenwirkungen nicht ausgeschlossen.

Die Finanzmärkte nennen es «den Fluch der Fed» und meinen damit, dass noch jedem Börsencrash Zinserhöhungen vorausgegangen seien: 1974, 1987, 2000 und 2008 – immer wenn die US-Notenbank die Sätze erhöht habe, sei es früher oder später zu einem heftigen Ausverkauf gekommen.

Am Mittwoch laufe zudem in den USA eine wichtige Frist ab. Die offizielle Schuldengrenze – aktuell bei etwa 18 Billionen Dollar – gilt dann laut der «Welt» wieder. Das aktuelle Defizit liege aber bei fast 20 Billionen Dollar. Die Schuldengrenze sei allerdings im Oktober 2015 ausgesetzt worden – bis eben zum 15. März 2017. Ab morgen dürfe nun die US-Regierung keine neuen Anleihen mehr verkaufen, das heisst die Regierung müsse mit dem Geld aus den laufenden Einnahmen auskommen.

Die «Welt» verweist darauf, dass es aber noch nie so weit gekommen sei, dass die Amerikaner ihre Schulden nicht mehr rechtzeitig bedienen konnten, also bankrott gingen.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20170314314876995-naechste-tage-welt-veraendern/>

### Stephen Hawking:

### Gier und Dummheit werden das Ende der Menschheit früher als erwartet bringen

*Veröffentlicht March 10, 2017 in Geopolitik/Welt von cosmicus*



Obwohl der Physiker und Kosmologe Stephen Hawking selbst kein Wahrsager ist, hat er in der Vergangenheit die Zukunft der Menschheit vorausgesagt. Hawking hat uns unzählige Male davor gewarnt, wie leichtfertig die Menschen künstliche (oder artifizielle) Intelligenz (AI) aktiv weiterentwickeln, und weshalb er befürchtet, dass dadurch künftig das Ende der Menschheit angebahnt werde.

Hawking glaubt, dass die derzeitige rasante Entwicklung von AI die Menschen schliesslich in ein Stadium führen wird, in dem Maschinen intelligenter als die Menschen sein werden. Dies sei der Punkt, an dem die totale Vernichtung des Menschen beginne, so Hawking. Natürlich ist die AI-Gemeinde nicht besonders glücklich, solche Dinge aus dem Mund eines so prominenten und angesehenen Wissenschafts-Befürworters zu hören. Hawking wurde vor kurzem von der AI-Gemeinde stark kritisiert, unter Vorwürfen, ein Pessimist zu sein, und er solle stattdessen den Geist des Positivismus in die AI-Debatte einbringen.

Aber trotz der Kritik bringt Hawking seine Ansichten als unabhängiger Denker immer noch in der Arena der öffentlichen Diskussion zum Ausdruck. Abgesehen von der AI-Apokalypse hat Hawking Untugenden beim Menschen zusammengefasst, von denen er überzeugt ist, dass sie jeglichen Fortschritt zunichte machen werden, der seit der Steinzeit bis zur heutigen Zeit erreicht worden ist.

In einem Interview mit Larry King in der Larry King Now Talkshow im vergangenen Jahr sagte der angesehene Physiker, obwohl er über AI in der Vergangenheit als eine Art Werkzeug gesprochen habe, das den Menschen zum Verhängnis werden könne, sei er fest überzeugt, dass solche Erfindungen durch menschliche Untugenden inspiriert seien.

Hawking erklärte, dass Habsucht und Dummheit die grössten Bedrohungen für die Menschheit darstellten. Er sagte, diese beiden Untugenden würden die Menschen letztlich in ihren Untergang treiben, und das früher, als er bisher erwartet hätte. Nach Hawkings Ansicht werden die Menschen von Tag zu Tag dümmer und gieriger. Er wies darauf hin, dass es in den letzten sechs Jahren ein riesiges Luftverschmutzungsproblem gab, das viele Menschen auf der ganzen Welt getötet hat. Hawking sagte, die Situation verschlechtere sich weiterhin und werde in naher Zukunft zu noch mehr Todesfällen und seltsamen Krankheiten führen.

«Wir sind sicherlich nicht eben weniger gierig oder weniger dumm geworden. Die Bevölkerung wuchs seit unserem letzten Treffen um eine weitere halbe Milliarde Menschen an, ohne dass etwa ein Ende dieser Entwicklung in Sicht wäre. Bei diesem Tempo werden es bis zum Jahr 2100 elf Milliarden Menschen sein. Die Luftverschmutzung hat in den letzten fünf Jahren stark zugenommen. Mehr als 80% der Einwohner von städtischen Gebieten sind einem gefährlichen Niveau der Luftverschmutzung ausgesetzt,» betonte er.

Hawking fügte hinzu, dass er uns lediglich an die Dinge erinnere, die uns schliesslich verschlingen würden. Mit Hawkings Warnung verhält es sich genauso wie mit dem Jäger, der ein Baby-Monster im Wald findet und mit sich nach Hause nimmt. Nachdem das Baby-Monster durch die Pflege zu einem riesigen Tier herangewachsen ist, frisst das Monster den Jäger eines Tages.

Wenn man sich anschaut, was derzeit auf der ganzen Welt geschieht, so ist klar, dass die Menschen in zunehmendem Mass automatisierten Dingen ausgesetzt werden. Smartphones, Roboter die inmitten von Menschen arbeiten, und unbemannte Fahrzeuge, um lediglich ein paar zu nennen.

Diese Maschinen werden immer intelligenter. Auf der anderen Seite scheinen die Menschen ihre Sinne zu verlieren. Durch die Verbreitung von Smartphones und anderen integrierten Mobiltelefonen etwa. Manche Menschen sterben im wahrsten Sinne des Wortes oder verletzen sich, nur für ein gemeinsames Selfie, also einen Schnappschuss von sich selbst.

Die US-Verkehrsministerium beispielsweise schätzt, dass im Jahr 2014, dem sogenannten «Jahr des Selfies», 33 000 Menschen verletzt wurden während sie beim Autofahren ein Mobiltelefon in irgendeiner Art und Weise benutzten, einschliesslich am Telefon zu sprechen, zuzuhören und Bedientasten manuell zu betätigen, um etwa ein Gespräch annehmen, etwas hochzuladen, herunterzuladen, zu bearbeiten oder das Betrachten von Selfies. Zudem fand 2015 eine Umfrage der «Erie Insurance Group» heraus, dass 4% aller Fahrer zugeben, Selfies während der Fahrt aufzunehmen

Wieder berichtete die «Washington Post» im Januar 2016, dass etwa die Hälfte der insgesamt mindestens 27 Selfie-Todesfälle im Jahr 2015 in Indien passiert seien. Während keine offiziellen Angaben existieren über die Zahl der Menschen, die in Indien bei Selfies ums Leben gekommen sind, zeigen Berichte von 2014 bis August 2016, dass es in Indien scheinbar mindestens 54 Todesfälle durch das Aufnehmen von Selfies gab.

Dies hat das indische Tourismusministerium dazu ermutigt, Staaten zu bitten, Bereiche mit «Selfie-Gefahr» zu identifizieren und zu sperren. Das Ziel dieser Verbotsschilder ist, zu versuchen die durch Selfies bedingten Todesfälle im Land zu stoppen oder zumindest deren Zahl zu reduzieren.

Wie Sie sehen, ist dies genau eine der Dummheiten, vor denen Hawking uns warnt. Die Menschen werden immer dümmer, während die Maschinen, die sie geschaffen haben, zunehmend intelligenter werden. Die Farce der Menschheit hat begonnen. Die Maschinen scheinen die Menschen zu steuern, und nicht umgekehrt.

*Verweise:*

<http://anonhq.com/musk-and-hawking-worse-nightmare-confirmed-prominent-ai-researcher-reveals-robotic-apocalypse-is-near/>

<http://www.usatoday.com/story/life/nation-now/2016/06/28/stephen-hawking-humankind-still-greedy-stupid-greatest-threat-earth/86459578/>

Übersetzt aus dem Englischen von AnonHQ.com

<http://anonhq.com/stephen-hawking-add-others-greed-and-stupidity-would-end-the-human-race-early-than-expected/>

Quelle: <http://derwaechter.net/stephen-hawking-gier-und-dummheit-werden-das-ende-der-menschheit-fruher-als-erwartet-bringen>

## Imad Karim: «Es wird schief laufen!»

Veröffentlicht am 14. März 2017 von *conservo* ([www.conservo.wordpress.com](http://www.conservo.wordpress.com)); Von Imad Karim \*)



Imad Karim, Fernsehautor & Filmregisseur, GF Strong Shadow Media GmbH

Schlägereien auf dem Schulhof, desinteressierte Eltern und Kinder, die kaum Deutsch sprechen: Hessens Grundschulen stehen vor Herkulesaufgaben und fordern Hilfe vom Land. (<http://www.fnp.de/rhein-main/Hilferufe-aus-dem-Klassenzimmer;art1491,2520617>)

Im Zeitalter des Globalismus braucht man keine Kriege, um einen Kulturkreis, eine Nation, ein Land oder eine Gesellschaft zu zerstören. Es reicht, eine «konsequente» Politik der Relativierung, eine Art Kulturrelativismus, zu verfolgen, um die Gesamtheit eines mikro- und makrosozialen Gebildes binnen zwei bis drei Generationen vollständig zu zerstören.

Was heute noch der Rede wert ist, ist morgen eine hässliche Normalität!!!

Das, was heute das Beispiel an den hessischen Schulen zeigt und spärlich publik gemacht wird, wird in den nächsten 8 bis 12 Jahren überall der Fall sein.

### Deutschland verarmt!!!

Deutschlands Rohstoffe und natürliche Ressourcen sind seine Menschen, seine deutschen Menschen und seine sich zu diesem Land ausschliesslich bekennenden Zuwanderer. Mit Erfindungsgeist, kulturellen Leistungen, Bekenntnissen zur Demokratie und Streitkultur, Philosophie, Kunst, Musik, Literatur, Forschung, Aufrichtigkeit, Fleiss, Pünktlichkeit, Genauigkeit und Neugier trug und trägt Deutschland seit Jahrhunderten zu den Errungenschaften der Menschheit bei. Die Schmiede in seiner zivilisatorischen Werkstatt ist sein Bildungssystem, das nun «Dank» der Kulturrelativierer in wenigen Dekaden verschwinden wird. Was bleibt, ist eine öde Landschaft, getarnt als idyllischer Schwarzwald mit vielen Schwarzwaldkliniken für staatliche anerkannte Psychopathen.

Hättet Ihr meine Augen und meine Ohren, würdet Ihr mich verstehen!!!

Als aus der Levante stammender Zeitzeuge Sorge ich mich um eine Identität, die wir, meine Kinder und ich, bewusst annehmen, um die europäische Identität. Diese Identität Europas, eine einmalige Errungenschaft in der bisherigen Geschichte der Menschheit, hat plötzlich viele Feinde, religiöse Invasoren, linke und grüne «Inländer» geschlossen sich in einer «fünften Kolonne» zusammen, um diese Identität zu zerstören, da die einen die göttliche Erlösung durch Allah erhoffen und die anderen die Bekämpfung des von ihnen verhassten Kapitalismus zu besiegen glauben.

### Verurteilt mich!

Wenn das alternativlose und kompromisslose Bekenntnis zu Deutschland und seinen aus der jüdisch-christlichen Tradition entstandenen Werten der Aufklärung den Tatbestand des Chauvinismus erfüllt, und wenn der Zivilwiderstand gegen die Installierung einer islamischen Monokultur in diesem Land als Populismus deklariert wird, bin ich einer der grössten Chauvinisten und Populisten dieses Landes. Verurteilt mich!

Für manche mögen diese Zeilen noch übertrieben und unbegründet emphatisch sentimental erscheinen, doch die Sicht meiner Kritiker wird sich bald ändern, sehr bald ändern.

*\*) Imad Karim ist ein libanesisch-deutscher Regisseur, Drehbuchautor und Fernsehjournalist. Seine Filme wurden in den Fernsehanstalten ARD, ZDF, WDR, hr, BR, MDR, ORB, SR, SWR, NDR, 3Sat, Phoenix ausgestrahlt. Er gehörte verschiedenen Filmjürys an und ist selbst Träger verschiedener Fernsehpreise. (Er gehört u. a. zum Freundeskreis von Michael Mannheimer, zu dem auch ich mich zählen darf. P. H.)*

*Quelle: <https://conservo.wordpress.com/2017/03/14/imad-karim-es-wird-schieflaufen/>*

## Todenhöfer über Mittleren Osten: Das Einzige was der Westen macht «ist Bomben, Bomben, Bomben – das ist doch keine Strategie!»

*Von Sonja Ozimek; Aktualisiert: 18. März 2017 7:36*

Jürgen Todenhöfer – ein Jurist, ehemaliger deutscher Politiker (CDU) und ein Medienmanager, der als Publizist aktiv ist – beschreibt in einem Interview mit RT die Lage im Irak und in Syrien. Vor allem die Situation in Mossul. Er sagt mit Bombenteppichen werde der Westen den Terrorismus nicht besiegen können – im Gegenteil.

Der Journalist und Autor Jürgen Todenhöfer kritisiert gegenüber RT die Berichterstattung über die angebliche Befreiung der irakischen Stadt Mossul von der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat.

Einige westliche Medien würden ausführlich über Mossul berichten, «aber in vielen Medien findet diese Katastrophe von Mossul nicht statt.» Dies sei «schlimm» und eine Form von «Fankurven-Journalismus», so Todenhöfer.



«Das heisst, manche Journalisten sitzen nicht auf der Haupttribüne, sondern sie sitzen auf der Fankurve – und wenn Amerika und Deutschland etwas machen, dann ist das grundsätzlich gut, aber wenn Russland etwas macht, dann ist das schlecht», beschreibt der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete die Situation. Ganz nach dem Motto: «Amerikanische Bomben, gute Bomben und russische Bomben, schlechte Bomben.» Eine derartige Berichterstattung würde ein falsches Bild der Lage vermitteln. Todenhöfer spricht sich in diesem Zusammenhang grundsätzlich gegen die Luftangriffe aller Beteiligten aus.

### **80 Prozent der Terroristen entkommen – Zivilisten sterben**

«Ich finde das Bombardement Mossuls – das jetzt schon seit Monaten geht – und die Vernichtung anderer Städte katastrophal, grauenvoll. Ein schlimmer Verstoss gegen die Menschenrechte, weil dort in erster Linie Zivilisten getötet werden und die meisten Terroristen entkommen», betont Todenhöfer, der selbst immer wieder Kriegsgebiete wie den Irak oder Syrien besucht.

Im irakischen Ramadi seien über 80 Prozent der Terroristen entkommen. Diese Leute würden weiter kämpfen. «Sie werden ihren Islamischen Staat verlieren, das ist gut so, aber sie werden als Terrorgruppe weiter existieren.» Der Westen müsse in Zukunft «mit schlimmen Anschlägen rechnen».

### **Wenig Interesse an Mossul – «Die Lage ist katastrophal»**

Warum die Internet-Community sich wenig für die Geschehnisse in Mossul interessiert, versteht Todenhöfer nicht. «Ich schreibe über das Thema auf Facebook und berichte darüber, aber das Interesse ist relativ gering.» Er sei im Kontakt mit Irakern, die in Mossul leben. Diese Menschen seien verzweifelt da die Welt über die «Morde und Bombardements» schweigt. «Sie fliehen vor den US-Bomben und den Mördern des IS. Sie haben nichts zu essen, nichts zu trinken und keine Medikamente. Die Lage ist absolut katastrophal, unvorstellbar», so der 77-Jährige.

Todenhöfer betonte im Interview, in erster Linie nicht die Medien zu kritisieren, sondern die westlichen Politiker. Diese würden «immer wieder zur Einhaltung der Menschenrechte aufrufen und bei Mossul schweigen.» Natürlich sei Deutschland bei den Angriffen durch die Tornado-Flugzeuge der Bundeswehr beteiligt – sie übermitteln die Angriffsziele. «Aber das heisst doch nicht, dass Politiker nicht trotzdem sagen können: «Hallo, so geht es nicht weiter»».

Der Westen mache eine «sunnitische Stadt im Irak nach der andern platt.» Das sei «erstens menschenrechtlich nicht vertretbar und zweitens beseitigt das den Terrorismus nicht, sondern es züchtet neuen Terrorismus – eine neue Generation von Terroristen», betont der Journalist. Diese Menschen dort würden die «Tage und Monate nicht vergessen, als ihre Städte zerbombt, und ihre Familien getötet wurden.»

### **Der IS wird verlieren – der Terrorismus bleibt**

Mossul werde fallen – doch die Lage im Irak bleibe auch danach weiter schwierig. «Natürlich kann der IS die Stadt nicht halten,» sagt Todenhöfer. Der Islamische Staat werde aufhören zu existieren «aber der Terrorismus wird weitergehen.»

Im Irak gebe es massive Probleme, «weil die überwiegend sunnitische Bevölkerung möchte, dass Mossul in erster Linie sunnitisch und arabisch bleibt. Es gibt aber auch andere Bestrebungen von anderen ethnischen Gruppen, die wollen, dass ihr Einfluss steigt. Diese Auseinandersetzungen werden sehr heftig sein, und ich sehe im Augenblick keine Ordnungsmacht, die bereit ist, da eine vernünftige Lösung herbeizuführen,» so Todenhöfer. Das einzige was man derzeit mache sei «Bomben, Bomben, Bomben, und das ist für mich keine Strategie.»

### **Hunderttausend Terroristen – «Das ist doch Wahnsinn»**

Als der Krieg gegen den Terror in Afghanistan begann «da hatten wir ein paar hundert Terroristen in den Bergen des Hindukusch. Jetzt haben wir hunderttausend,» beklagt Todenhöfer die Situation – und das allein in Syrien und im Irak. «Das ist doch Wahnsinn.»

Dies zeige doch, dass die derzeitige Strategie falsch sei. Man könne Guerillakämpfer nicht mit Bomben und Raketen besiegen. Man gehe «ja auch nicht mit Panzern auf die Fuchsjagd.»

Durch die Bombardements würden sich die Stellungen der Terroristen nur auf andere Gebiete verlagern. Todenhöfer zitierte den Führer Kurdistans mit den Worten: «Jeder der glaubt, dass der IS besiegt ist, wenn wir Mossul zertrümmern, hat keine Ahnung von der Lage und vom Problem dieses Terrorismus.»

### Der Mittlere Osten ‹braucht eine umfassende Friedenskonferenz›

Todenhöfer sagt, um Ruhe in die Region zu bringen, brauche es Politiker, die Interesse an der Stabilisierung des Mittleren Ostens hätten und kein Interesse daran, ‹dass in diesem Gebiet permanent Chaos herrscht.›

‹Ich war während der Präsidentschaftswahlen in den USA und habe viele hochrangige Politiker und Militärs gefragt, was ihre Strategie für den Mittleren Osten sei – weil ich sie nicht verstanden habe –, und sie haben mich angelacht und fröhlich gesagt ‹Wir haben keine›, sagt Todenhöfer. Das seien ‹Ad-hoc-Aktionen und keine Strategie, wie dieser Raum in Frieden leben soll.›

Deshalb fordert der Kenner der Region eine umfassende Friedenskonferenz im Mittleren Osten. Dort müssten auch die Probleme, die es zwischen Saudi-Arabien und dem Iran gibt, angesprochen und Lösungen gefunden werden. Aber dieses ‹Hallo, ich seh' da ein Problem und werfe einmal Bomben drauf, ist keine Strategie.›

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/todenhoefer-ueber-mittleren-osten-das-einzige-was-der-westen-mach>

### ‹Gedankenkontrolle›: US-Patent 6506148 B2 bestätigt, dass das menschliche Nervensystem durch elektromagnetische Felder von Monitoren manipuliert werden kann

*Veröffentlicht am March 18, 2017 in Welt von cosmicus*

Das Thema der Gedankenkontrolle ist bereits seit einiger Zeit sehr umstritten. Geistes- (Anm. Bewusstseinskontrolle) oder Gedankenkontrolle ist im Grossen und Ganzen als das Indoktrinieren menschlicher Subjekte in einer Weise definiert, die zur Beeinträchtigung der Autonomie führt – die Unfähigkeit, selbständig zu denken, und eine Unterbrechung des Glaubens und der Zugehörigkeiten.

Gedankenkontrolle war zunächst als eine reine Verschwörungstheorie abgetan worden. In den frühen Tagen des Begriffs glaubten seine Anhänger, dass dabei der Geist (Anm. Bewusstsein) eines Menschen durch die Verbreitung von Propaganda-Nachrichten gesteuert werde, die der Person dienen, welche die Nachricht verbreitet. Sogar Medientheorien wie Agendasetzung (die Medien sagen uns nicht, was wir denken sollen, sondern vielmehr worüber wir denken sollen), Framing (die Medien setzen einen Kontext für die öffentliche Diskussion über ein Thema und definieren damit die Bühne für das Verständnis des Publikums) und Priming (die Medien setzen einen Fokus und die Umgebung für die Berichterstattung über eine Geschichte, womit sie beeinflussen, wie das Publikum es verstehen oder bewerten wird), unterstützten die Vorstellung, dass der menschliche Geist (Anm. Bewusstsein) so gesteuert werden könne, dass er in einer bestimmten Richtung denkt, welche die Medien vorgeben. Das wird theoretisch möglich durch die Nachrichten, welche die Medien in der Öffentlichkeit verbreiten. Da die Medien die Menschen immer wieder mit einer bestimmten Nachricht oder einer Idee ‹bombardieren›, werden die Menschen im Laufe der Zeit abhängig davon und beginnen, es als Realität anzunehmen. Natürlich, wenn so etwas geschieht, bedeutet es, dass das Denkvermögen der Menschen verändert wurde.

Allerdings hat sich Gedankenkontrolle einer schockierenden Enthüllung zufolge von den blossen Kommunikationsbotschaften der Medien wegentwickelt, zu etwas Tiefergehendem. Im Jahr 1999 zeigte der forensische Psychologe Dick Anthony auf, dass der US-Geheimdienst CIA während des Koreakrieges belastende Gehirnwäsche-Techniken gegen den Kommunismus erfunden hatte.

Anthony's Enthüllung führte zu einer weiteren Prüfung der CIA. Es zeigte sich später, dass die Regierung der Vereinigten Staaten unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begonnen hatte, damit zu experimentieren, wie man den menschlichen Geist (Anm. Bewusstsein) kontrollieren könnte. Im Jahr 1945 hatte die US-Regierung heimlich viele Nazi-Wissenschaftler rekrutiert, von denen einige während der Nürnberger Prozesse als Kriegsverbrecher identifiziert und verfolgt worden waren. Die Rekrutierung erhielt den Code-Namen ‹Operation Paperclip›. Das Ziel der ‹Operation Paperclip› war es, das Wissen dieser Nazi-Wissenschaftler anzuzapfen. Ihnen wurde gesagt, dass, wenn sie zustimmen und für die Regierung der Vereinigten Staaten arbeiten würden, sie vor Strafverfolgung sicher seien. Die Nazis willigten ein, um dem Galgen zu entgehen.

Nachdem die Nazis für die Vereinigten Staaten angeheuert waren, benutzte die Regierung sie in einer ganzen Reihe von höchst geheimen Experimenten. Eines dieser Experimente war es, wie der menschliche Geist (Anm. Bewusstsein) durch Technologie und Wissenschaft gesteuert werden könne. Mit Hilfe der Nazis führten die CIA und das Verteidigungsministerium in den 1950er Jahren geheime Forschungen unter dem Codenamen ‹MKULTRA› durch. Das Projekt wurde später in ‹Projekt ARTICHOKE› umbenannt. Die Absicht war, Gedankenkontrolle zu studieren, Verhöre, Verhaltensmodifikation und verwandte Themen.

Als diese Geheimnisse öffentlich bekannt wurden, bestritt die CIA sie nicht und gab lediglich an, die Programme seien eingestellt worden. Die entscheidende Frage jedoch ist: Kann man der CIA vertrauen? Was ist, wenn es ihnen gelungen sein sollte, eine Technologie zu erfinden, um den menschlichen Geist (Anm. Bewusstsein) zu kontrollieren, von der wir aber überhaupt nichts wissen?

Im Jahr 2013 veröffentlichte die BBC einen Artikel mit dem Titel *«Wird Gedankenkontrolle des Menschen schon bald Realität sein?»* In dem Artikel hiess es, dass es Rajesh Raoa, einem Forscher an der University von Washington, gelungen sei, ein Computerspiel nur mit seinem Geist (Bewusstsein) und ohne den Einsatz von physischen Reglern zu spielen.

Raoas Erfindung überzeugte viele Forscher, dass die Gedankenkontrolle keine Verschwörungstheorie mehr und bereits Wirklichkeit sei. Einige Forscher äusserten Bedenken hinsichtlich der Erfindung von Raoa und sagten, dass sie zu einer Zombie-Apokalypse führen könnte.

*«Wenn wir vollen Zugang direkt in das Gehirn haben und Sie jemanden wie einen Roboter steuern können, dann haben wir möglicherweise Probleme»* sagte Dr. Ian Pearson, Zukunftsforscher mit Hintergrund in Wissenschaft und Technik.

Um Ihnen eindeutig zu beweisen, dass Gedankenkontrolle real ist und dass die Technologie, um so etwas höchst Unmoralisches, Unethisches und Korruptes zu tun, tatsächlich verfügbar ist, lassen Sie uns etwas anschauen, auf das wir zufällig im Internet gestossen sind.

Wir stiessen auf die wissenschaftliche Forschung, die im Internet mit Patentnummer **US 6506148 B2** veröffentlicht wurde. Sie trägt den Titel *«Manipulation des Nervensystems durch elektromagnetische Felder von Monitoren.»* Die Zusammenfassung der Arbeit lautet: *«Physiologische Wirkungen sind bei einem Menschen beobachtet worden in Reaktion auf die Stimulation der Haut mit schwachen elektromagnetischen Feldern, die mit bestimmten Frequenzen im Bereich von ½ Hz oder 2,4 Hz gepulst werden, um beispielsweise eine sensorische Resonanz anzuregen. Viele Computer-Monitore und Fernsehrohre emittieren beim Anzeigen gepulster Bilder elektromagnetische Felder mit ausreichenden Amplituden, um eine solche Anregung zu verursachen. Es ist daher möglich, das Nervensystem eines Subjekts zu manipulieren, indem man auf einem nahe gelegenen Computer-Monitor oder Fernsehgerät angezeigte Bilder pulst. Für letzteres, also Fernseher, kann das Pulsen des Bildes in Programmmaterial eingebettet werden, oder es kann auf dem Weg von Überlagerung angewendet werden durch Modulieren eines Videostroms, entweder als HF-Signal oder als ein Videosignal. Das Bild, das auf einem Computermonitor angezeigt wird, kann durch ein einfaches Computerprogramm effektiv gepulst werden. Bei bestimmten Monitoren können gepulste elektromagnetische Felder, die in der Lage sind, sensorische Resonanzen bei Personen in der Nähe auszulösen, sogar erzeugt werden, wenn die angezeigten Bilder nur mit unterschwelliger Intensität gepulst werden.»*

Entsprechend der Veröffentlichung auf Google ist Hendricus G. Loos der Inhaber des Patents. Er reichte die Arbeit im Juni 2001 ein, diese wurde aber erst im Januar 2003 veröffentlicht. Als wir weitere Details über Herrn Loos herauszufinden versuchten, stellten wir fest, dass er im Internet nicht populär und nicht einmal in Wikipedia erwähnt ist. Nur wenige Artikel wurden über ihn geschrieben. Was wir jedoch fanden, ist seine Arbeit über die Manipulation des Nervensystems mit elektronischen Geräten, die im Jahre 1978 begonnen und mit der Veröffentlichung von seither neun Werken fortgesetzt wurde.

Nun, um die Arbeit in einen einfachen Zusammenhang zu stellen, lassen Sie uns eine einfache Definition des Nervensystems heranziehen. Neurowissenschaftlern zufolge, steuert das menschliche Nervensystem alles, etwa von der Atmung und Produktion von Verdauungsenzymen, bis hin zu Gedächtnis und Intelligenz. Eigentlich ist der zentrale Teil des Nervensystems das Gehirn.

Wenn Patentnummer **US 6506148 B2** nun angibt, dass das Nervensystem durch elektromagnetische Felder von Monitoren manipuliert werden kann, brauchen wir Ihnen wohl nicht zu sagen, dass Ihr Verstand tatsächlich durch Monitoren manipuliert wird?

Vor allem Fernseher sind zu tödlichen Waffen für uns geworden. Aufgrund der letzten Offenlegung von WikiLeaks über Vault 7 stellte sich heraus, wie die CIA Samsung Smart Fernseher benutzt hatte, um Menschen auszuspionieren.

Alles deutet daraufhin, dass die US-Regierung über geheime Technologien verfügt. Die geheimen Technologien werden in zunehmendem Mass in die Technik eingebettet, die wir jeden Tag benutzen. Dies hilft der US-Regierung dabei, ihre Hegemonie über jeden und alles auf diesem Planeten zu erhalten. Das geheime Wissen, das die Nazis unter Adolf Hitler besaßen, ist jetzt in den Händen der Vereinigten Staaten und wird aktiv benutzt.

Unser Ziel ist, das Bewusstsein zu erhöhen. Während wir dieses Problem untersuchten, sagte uns jemand, dass es an der Zeit sei, unsere TV-Geräte abzuschaffen. Die Person sagte, die Beweise seien überwältigend. Wahrlich,

wir sind durch die verfügbaren Beweise schockiert. Eine wichtige Frage, die sich jetzt stellt ist, warum die Massenmedien zu diesem Thema bisher schweigen? Dies besagt Ihnen, dass das Endziel der Medien niemals ist, aufzuklären und zu sensibilisieren. Sie wurden erschaffen und werden kontrolliert durch die Eliten, um uns im Dunkeln zu halten, so dass sie auch weiterhin von uns profitieren können.

Von nun an, weisen Sie bitte keine Verschwörungstheorie mehr einfach zurück. Nehmen Sie sich Zeit, um etwas über die Theorie zu lesen, und recherchieren Sie zuerst ein wenig darüber. Forschung über solche Themen sollte nicht allzu schwierig sein, da wir im Informationszeitalter leben.

Schauen Sie in Google nach betreffendem Patent US 6506148 B2. Verbringen Sie ein paar Minuten damit, darüber nachzudenken. Wie können wir uns von dieser Sklaverei und Knechtschaft befreien?

*Verweise:*

– <https://vigilantcitizen.com/vigilantreport/mind-control-theories-and-techniques-used-by-mass-media/>

– <http://www.newworldencyclopedia.org/entry/Brainwashing>

– <http://nypost.com/2014/02/01/behind-the-secret-plan-to-smuggle-nazi-scientists-to-america/>

– <https://www.thrillist.com/culture/secret-cia-operations-mkultra-operation-paperclip-mind-control>

– <http://www.businessinsider.com/how-nazi-scientists-inspired-the-cia-to-use-ld-2014-2?IR=T>

– <http://www.bbc.com/news/business-23994649>

– <https://www.google.com/patents/US6506148>

– <http://www.topsecretwriters.com/2015/11/the-mysterious-hendricus-loos-and-his-nervous-system-manipulation-devices/>

– <http://www.biologymad.com/NervousSystem/nervoussystemintro.htm>

– <http://subversify.com/2011/05/13/hitler%E2%80%99s-mind-control-experiments-and-how-they-influenced-modern-propaganda/>

Übersetzt aus dem Englischen von AnonHQ.com <http://anonhq.com/mind-control-real-united-states-patent-6506148-b2-confirms-human-nervous-system-can-manipulated-electromagnetic-fields-monitors/>

*Verwandter Artikel:*

WikiLeaks sendet rätselhafte Tweets über Vault7: Warum Vault7, und was bedeutet es für uns?

<http://derwaechter.net/wikileaks-sendet-ratselhafte-tweets-uber-vault7-warum-vault7-und-was-bedeutet-es-fur-uns>

Quelle: <http://derwaechter.net/gedankenkontrolle-ist-wirklichkeit-us-patent-6506148-b2-bestatigt-dass-das-menschliche-nervensystem-durch-elektromagnetische-felder-von-monitoren-manipuliert-werden-kann>

## Hierzu ein Auszug aus dem 512. offiziellen Kontaktbericht vom 1. Januar 2011

**Billy** ... Aber jetzt interessiert mich noch, was Zafenatpaneach auf meine Frage gesagt hat bezüglich der Fernseh-, Computer- und Internettechnik. Hast du ihm meine Frage vorbringen können?

**Ptaah** Gewiss, und er hat mir einiges erklärt, wobei er jedoch Bedenken hatte, ob seine Antwort öffentlich genannt werden soll, folglich du also selbst entscheiden müsstest, ob du seine Antwort offen preisgeben willst oder nicht. Letzthin war unsere Rede ja in dem Sinn, dass nicht offen darüber gesprochen werden soll.

**Billy** Daran erinnere ich mich natürlich, doch habe ich mir das Ganze mehrmals gründlich überlegt und bin zum Schluss gekommen, dass es doch gut sein wird, wenn wir offen darüber reden, weil es für viele Menschen nur von Nutzen sein kann, wenn sie die Fakten kennen, wodurch sie sich bewusster kontrollieren und mancherlei Dinge verhindern können.

**Ptaah** Wie du meinst, doch könnte es für dich in gewisser Hinsicht gefährlich werden.

**Billy** Das nehme ich in Kauf.

**Ptaah** Dann kann ich also offen reden: Zafenatpaneach erklärte nochmals, dass auf der Erde eine religiös-sektiererische Organisation mit einem gewissen Geheimdienst zusammenarbeitet, um die Menschen via die Television, die Computer und das Internet nach ihrem Sinn zu manipulieren. Nicht nur, dass die Televisionsgeräte und vielerlei Monitore derart manipuliert sind, dass von der Organisation durch diese direkt in den Raum gesehen und darin alles beobachtet und mitgehört werden kann, in dem das jeweilige Gerät steht, sondern dass auch die Computer nach Belieben manipuliert werden. Allein das in bezug auf die Computer bedeutet, dass diese von ausserhalb gesteuert und beeinträchtigt werden können, wenn der betreffenden Organisation der Sinn danach steht. Das ergibt sich schon seit Jahren, wobei auch du mit deinem Computer davon betroffen bist, in



den eingedrungen wird, um dich in deiner Arbeit dermassen zu stören, dass bei bestimmten Schriften, Artikeln und Büchern, die sich mit dem Religions- und Sektenwahn befassen, gravierende Fehler eingebaut oder Wichtigkeiten gelöscht werden. Auch reine Computerstörungen werden bei dir praktiziert, wodurch gar Defekte auftreten können. Das Ganze geht jedoch noch weiter, denn die besagte geheimdienstlich-religiös-sektiererisch aufgebaute Organisation greift auch in das Leben aller Benutzer von Televisions-, Monitoren- und Internetbenutzer ein und manipuliert diese. Diese Organisation, die geheimdienstlich nach allen Regeln der Kunst geschützt wird, hat weltumfassend durch die unzähligen manipulierten Geräte Einlass ins Bewusstsein der Menschen erlangt und steuert in vielen Bereichen deren Verhalten.

Sind so z.B. früher in Kino- und Videofilmen usw. einzelne Bilder von Lebensmitteln und Gebrauchsartikeln usw. eingefügt worden, die beim Abspielen von den Zuschauern unterbewusstseinsmässig registriert wurden und die dann die entsprechenden Lebensmittel und Gegenstände käuflich erwarben, so geschieht dies heute in ähnlicher Weise durch die besagte Organisation. Die Technik ist bei ihr durch die Mithilfe des betreffenden Geheimdienstes und deren Techniker und Elektroniker sowie Programmierer usw. derart weit entwickelt, dass Televisionsapparate, bestimmte Arten von Monitoren sowie das gesamte Internet für ihre Zwecke missbraucht werden kann. Das Ganze reicht nicht nur in die Religionen und Sekten, sondern auch in die Politik und Wirtschaft hinein, und zwar in der Weise, dass durch die manipulierten Geräte und Apparaturen Schwingungsimpulse ausgestrahlt werden, die von den Menschen unterbewusst aufgenommen und von diesen beeinflusst werden. Diese Impulse steuern die Menschen unterbewusst derart, dass sie sich gläubig Religionen und Sekten zuwenden, zu religiös-sektiererischen Fanatikern und Selbstmordattentätern sowie zu Terroristen werden. Auch die Politik wird in grossem Masse in dieser Weise gesteuert, wobei bei Wahlen auch die Wählenden durch die Schwingungsimpulse beeinflusst werden, folglich sie dann jene in die Regierungen usw. wählen, die ihnen durch die ausgestrahlten Impulse vorgegeben werden. Auch in bezug auf Lebensmittel, Gebrauchsgegenstände und Luxusgüter usw. kommen die gleichen Methoden der unterbewussten Beeinflussung und Steuerung des Menschen zur Geltung, weiter aber auch hinsichtlich der «Spendenfreudigkeit» bei Bettelorganisationen und dergleichen. Auch die disharmonische sowie die religiös-sektiererische Musik wird in dieser Weise gesteuert und führt durch die Schwingungsimpulse zu Massenhysterien usw. So gibt es heute kaum mehr etwas, das nicht genutzt wird, um die Menschen unterbewusst zu beeinflussen und zu Dingen, Taten und Verhaltenweisen zu treiben, die sie nicht selbst bestimmen, sondern verbrecherisch nach dem Sinnen und Trachten von jenen bestimmt wird, welche irgendwelchen Profit daraus gewinnen. Sehr viele Menschen sind so ihrer eigenen Entscheidungskraft nicht mehr mächtig, was sie aber nicht bemerken, folglich sie Dinge tun und Gedanken pflegen, die ihnen unterbewusst durch Schwingungsimpulse eingegeben werden.

**Billy** Und wahrscheinlich kann sich kaum ein Mensch dagegen wehren, weil jeder ja annimmt, dass er nach seinem eigenen Willen handle.

**Ptaah** Das ist richtig, denn alles geschieht ja unterbewusstseinsmässig.

**Billy** Es sollte aber doch möglich sein, dass sich der Mensch dagegen zur Wehr setzen kann, nehme ich an, oder?

**Ptaah** Das ist richtig, doch bedingt es ein klares Bewusstsein, das sich durch keinerlei Schwingungsimpulse irgendwelcher Art beeinflussen lässt. Dazu gehören auch offene Werbungen und Reklamen aller Art, die darauf ausgerichtet sind, den Menschen zu bestimmten Dingen, Handlungen, Taten und Einkäufen usw. zu verführen.

**Billy** Von der Zeit her, da ich noch hie und da ins Kino ging, da waren die Filme derart mit Bildern manipuliert, dass die Zuschauer in den Pausen losrannten, um Eiscremes, Nüsse, Schokolade und Coca-Cola zu kaufen, weil sie durch die eingefügten Bilder, die ins Unterbewusstsein drangen, dazu gedrängt wurden. Eines Tages hiess es dann, als dieses miese Tun publik wurde, die Filmmanipulationen in bezug auf eingefügte Bilder seien verboten worden.

**Ptaah** Das ist richtig, doch wiederholt sich nun das Ganze in der von Zafenatpaneach genannten Weise, und zwar um das Vielfache umfassender als zur Zeit, da noch Kinofilme manipuliert wurden. Und was zu der ganzen verwerflichen Sache bedauerlich in Erscheinung tritt, ist die Tatsache, dass weltweit der gesamten Erdbevölkerung nichts davon bekannt ist und sie nicht weiss, dass sie auf diese schändliche Weise manipuliert wird.

**Billy** Nachdem ich das nun weiss, verstehe ich auch, warum in der Politik in der Regel die falschen Leute ans Ruder der Regierungen kommen. Und es wird mir verständlich, warum beim Ausverkauf von allerlei Waren in Kaufhäusern usw. hysterische Massen in eine Kaufwut geraten und auch sonst viele unnötige Dinge kaufen. Auch wird dadurch erklärbar, dass in der heutigen Zeit so viele Menschen noch nach der Todesstrafe schreien und Kriege befürworten sowie terroristisch werden und Selbstmordattentate usw. verüben. Auch dass die Gläubigen von Religionen und Sekten sowie die Angehörigen von extremen rechten und linken Gruppierungen immer fanatischer werden und vor Gewalt, Mord, Folter, Raub und Zerstörung usw. nicht zurückschrecken, wird dadurch erklärbar. Das alles führt zu stetig wachsender und immer umfassenderer Disharmonie. Folglich ist es auch kein Wunder, wenn der katastrophale Krawall immer mehr überhandnimmt, der seit rund zwei-einhalb Jahrzehnten als angebliche Musik weltweit die Menschen disharmonisiert, wodurch diese immer gewalttätiger, gewissenloser und gegeneinander gleichgültiger werden. Und wenn alles im genannten Rahmen weitergeht, dann entsteht daraus letztlich eine unkontrollierbare Anarchie und ein brüllendes Chaos.

**Ptaah** Diese Zusammenhänge sind tatsächlich gegeben, wie auch deine letzte Bemerkung Wirklichkeit werden kann.

## IMPRESSUM

### FIGU-ZEITZEICHEN

**Druck und Verlag:** Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

**Redaktion:** «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

#### Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

**Postcheck-Konto:** FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

**E-Brief:** info@figu.org

**Internetz:** www.figu.org

**FIGU-Shop:** http://shop.figu.org



© FIGU 2017

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter  
[www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/](http://www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/)

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz